

AKTUELLE FORSCHUNGSERGEBNISSE

Wie entwickelt sich Deutschland regional? Erste gebietsstandsbereinigte Einwohnerzahlen für alle Bundesländer seit 1871

Felix Rösel

Hohe Fehlwahrnehmungen zu wichtigen politischen Themen in der Bevölkerung

Kerim Peren Arin, Juan A. Lacomba, Francisco Lagos, Deni Mazrekaj und Marcel Thum

IM BLICKPUNKT

Rentenbezüge haben sich seit 1960 verdreifacht

Xenia Frei

Hohe Benzin- und Dieselpreise in Deutschland: Eine Einordnung

Joachim Ragnitz

DATEN UND PROGNOSEN

ifo Konjunkturumfragen Ostdeutschland und Sachsen

AKTUELLE FORSCHUNGSERGEBNISSE

Übersterblichkeit im zweiten Halbjahr 2021 in den deutschen Bundesländern

Marcel Thum



ifo Dresden berichtet

ISSN 0945-5922

29. Jahrgang (2022)

Herausgeber: ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.,
Niederlassung Dresden, Einsteinstraße 3, 01069 Dresden

Telefon: 0351 26476-0, Telefax: 0351 26476-20

E-Mail: dresden@ifo.de

Redaktion: Joachim Ragnitz

Technische Leitung: Katrin Behm

Vertrieb: ifo Institut, Niederlassung Dresden

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Bezugspreis jährlich: 25,00 Euro

Preis des Einzelheftes: 5,00 Euro

Preise einschl. Mehrwertsteuer, zzgl. Versandkosten

Grafik Design: © ifo Institut München

Satz und Druck: Druckhaus Dresden

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise): Nur mit Quellenangabe und gegen Einsendung eines Belegexemplars

Im Internet:**<http://www.ifo-dresden.de>**

Die Niederlassung Dresden des ifo Instituts wird mitfinanziert mit Steuermitteln auf Grundlage des von den Abgeordneten des Sächsischen Landtags beschlossenen Haushaltes.

AKTUELLE FORSCHUNGSERGEBNISSE

Übersterblichkeit im zweiten Halbjahr 2021 in den deutschen Bundesländern

3

Marcel Thum

Im zweiten Halbjahr 2021 lässt sich für Deutschland eine Übersterblichkeit nachweisen. Sachsen und Thüringen hatten eine massive Übersterblichkeit, während dies beispielsweise für Schleswig-Holstein und Berlin nicht der Fall war. Auf der Ebene der Bundesländer geht eine hohe Impfquote mit geringerer Übersterblichkeit einher. Übersterblichkeit liegt vor, wenn in einem Bundesland mehr Menschen gestorben sind, als aufgrund der Altersstruktur zu erwarten gewesen wäre.

Wie entwickelt sich Deutschland regional? Erste gebietsstandsbereinigte Einwohnerzahlen für alle Bundesländer seit 1871

6

Felix Rösel

In diesem Beitrag wird die regionale Bevölkerungsentwicklung in Deutschland zwischen 1871 und 2050 analysiert. Erstmals kann hierfür auf gebietsstandsbereinigte Einwohnerzahlen für alle 16 Bundesländer zurückgegriffen werden. Die Ergebnisse zeigen einen harten Bruch in der regionalen Entwicklung Deutschlands seit dem Zweiten Weltkrieg. Bis zum Krieg entwickelten sich alle Regionen des heutigen Deutschlands sehr gleichmäßig, danach driften die Bundesländer stark auseinander. Hierbei unterscheiden sich nicht nur Ost- und Westdeutschland. Auch innerhalb des Westens sind die regionalen Unterschiede beträchtlich. Der Trend hält auch künftig an: Einige Bundesländer werden innerhalb nur eines Jahrhunderts ihre Einwohnerzahlen verdoppelt, andere halbiert haben.

Hohe Fehlwahrnehmungen zu wichtigen politischen Themen in der Bevölkerung

10

Kerim Peren Arin, Juan A. Lacomba, Francisco Lagos, Deni Mazrekaj und Marcel Thum

Anhand von groß angelegten Umfragen in vier europäischen Ländern untersuchen wir die Determinanten von Fehlwahrnehmungen bei politischen Themen, die insbesondere bei links- und rechtspopulistischen Parteien typischerweise hoch auf der Agenda stehen. Unsere Ergebnisse zeigen, dass die Menschen den Anteil von Einwander*innen und Muslim*innen überschätzen. Auch der Prozentsatz der Menschen unter der Armutsgrenze und der Einkommensanteil der Reichsten werden deutlich zu hoch eingeschätzt. Weibliche, einkommensschwache und weniger gebildete Befragte haben höhere Fehlwahrnehmungen. Außerdem beleuchten wir, wie die COVID-19-Pandemie verzerrte Wahrnehmungen beeinflusst hat: insbesondere rechte Fehlwahrnehmungen hinsichtlich des Anteils der Muslim*innen wurden leicht verstärkt.

IM BLICKPUNKT

Rentenbezüge haben sich seit 1960 verdreifacht

15

Xenia Frei

Seit den 1960er Jahren stiegen die kumulierten Rentenbezüge, welche Rentner*innen in Deutschland über ihre gesamte Rentenbezugsdauer erhielten, stetig an. Bis zum Jahr 2018 hatte sich dieser Betrag gegenüber dem Jahr 1960 inflationsbereinigt mehr als verdreifacht. Besonders die gestiegene Rentenbezugsdauer ist hierfür verantwortlich. Während die verbleibende Lebenserwartung bei Renteneintritt in Deutschland seit den 1960er Jahren stetig anstieg, erhöhte sich das Renteneintrittsalter in diesem Zeitraum kaum; zeitweise sank es sogar. In der Folge stieg die Rentenbezugsdauer an.

Hohe Benzin- und Dieselpreise in Deutschland: Eine Einordnung

19

Joachim Ragnitz

Durch die in den vergangenen Monaten stark gestiegenen Kraftstoffpreise sind die Konsument*innen direkt belastet. So haben sich die Kosten für einen Liter Diesel im März 2022 gegenüber den Tiefständen des Jahres 2020 in etwa verdoppelt und auch Ottokraftstoffe haben sich kräftig verteuert. Allerdings entfällt ein eher kleiner Anteil des privaten Konsums auf Kraftstoffkäufe. Auch wenn die öffentliche Aufregung um die hohen Preise verständlich ist: Das Problem liegt wohl eher darin, dass sich die Bevölkerung an die niedrigen Kraftstoffpreise der letzten fünf Jahre gewöhnt hat, ohne die dadurch realisierten Kaufkraftgewinne als Ausnahme anzusehen. Insoweit wäre es verfehlt, jetzt mit aller Macht die Kraftstoffpreise künstlich zu verbilligen. Eine dauerhafte Lösung besteht nur darin, den Benzinverbrauch insgesamt zu senken, ohne dabei die Mobilitätsbedürfnisse der Menschen einzuschränken.

DATEN UND PROGNOSEN

ifo Konjunkturumfragen Ostdeutschland und Sachsen

22

Niels Gillmann und Jannik A. Nauerth

AUS DEM ifo DRESDEN

ifo Veranstaltungen

25

ifo Veröffentlichungen

25

ifo Vorträge

25

ifo in den Medien

26

Marcel Thum*

Übersterblichkeit im zweiten Halbjahr 2021 in den deutschen Bundesländern

Im zweiten Halbjahr 2021 lässt sich für Deutschland eine Übersterblichkeit nachweisen. Sachsen und Thüringen hatten eine massive Übersterblichkeit, während dies beispielsweise für Schleswig-Holstein und Berlin nicht der Fall war. Auf der Ebene der Bundesländer geht eine hohe Impfquote mit geringerer Übersterblichkeit einher. Übersterblichkeit liegt vor, wenn in einem Bundesland mehr Menschen gestorben sind, als aufgrund der Altersstruktur zu erwarten gewesen wäre.

Im zweiten Halbjahr 2021 traf die vierte Coronawelle Deutschland mit voller Wucht. Zugleich war aber auch die Impfkampagne in Deutschland schon weit vorangeschritten. Wer sich impfen lassen wollte, konnte bis zum Sommer 2021 zumindest eine Erstimpfung gegen das Coronavirus erhalten. Viele waren bis zum Sommer sogar schon doppelt geimpft. Jenseits der reinen Infektionszahlen, die immer auch die Testhäufigkeit und -strategie widerspiegeln mögen, stellt sich die Frage, wie sich die Corona-Pandemie in der Mortalität niederschlägt. Lässt sich eine Übersterblichkeit für das zweite Halbjahr 2021 nachweisen? Dabei geht es nicht darum, wie viele Menschen ursächlich an Covid-19 gestorben sind. Untersucht wird lediglich, ob in einem Bundesland im zweiten Halbjahr 2021 mehr Menschen gestorben sind, als aufgrund der Altersstruktur zu erwarten gewesen wäre. Da inzwischen die Sterbefälle des Jahres 2021 detailliert nach Geschlecht, Altersgruppen, Bundesländern und Kalenderwoche vorliegen, lässt sich diese Frage sogar für die einzelnen Bundesländer differenziert beantworten. Die Ergebnisse dieses Artikels zeigen, dass Sachsen und Thüringen eine massive Übersterblichkeit aufweisen, während dies beispielsweise für Schleswig-Holstein und Berlin nicht der Fall ist.

Als Datenbasis dieses Artikels dienen die alters- und geschlechtsspezifischen Sterbefälle in den einzelnen Bundesländern der Jahre 2016 bis 2019.¹ Die Sterbefälle der jeweiligen Bevölkerungsgruppe wurden zur Bevölkerungszahl derselben Gruppe zum jeweiligen Jahresbeginn in Relation gesetzt, um eine alters- und geschlechtsspezifische Sterbequote für jedes der vier Jahre zu ermitteln. Der mittlere Wert der Jahre 2016 bis 2019 wurde dann jeweils genutzt, um die zu erwartenden Sterbefälle in einer hypothetischen Normallage der Jahre 2020 und 2021 zu berechnen. Dieses sehr einfache Verfahren erlaubt es, demografisch bedingte Veränderungen der Sterbefälle zu berücksichtigen, die auch ohne die Corona-Pandemie eingetreten wären. Mit der Alterung der Bevölkerung steigt die Zahl der Menschen mit einer hohen Sterbewahrscheinlichkeit; die vorhergesagte Zahl an Sterbefällen steigt dann an. Im Folgenden konzentrieren wir uns auf das zweite Halbjahr 2021, weil in diesen Monaten die vierte Welle der Corona-Pandemie in Deutschland auftrat und zugleich bereits ein erheblicher Teil der Bevölkerung durch eine oder mehrere Impfungen geschützt war. Dabei werden den tatsächlichen Todesfällen in den ein-

zelnen Bundesländern die Todesfälle der simulierten, hypothetischen Normallage gegenübergestellt.²

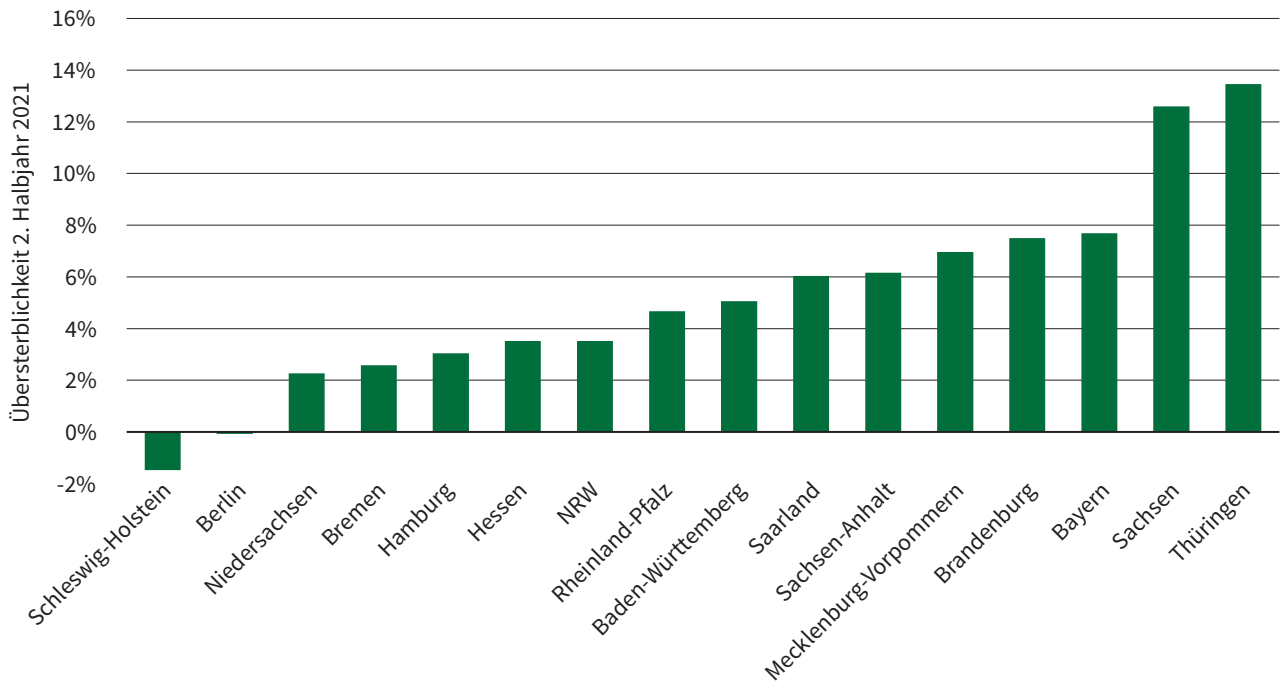
Abbildung 1 zeigt die Übersterblichkeit im zweiten Halbjahr 2021 nach Bundesländern. Die Zahlen geben an, um wie viel Prozent die Todesfälle in einem Bundesland höher waren, als aufgrund der Demografie zu erwarten gewesen wäre. Die höchsten Übersterblichkeiten weisen Thüringen mit 13,5% und Sachsen mit 12,6% auf. Im zweiten Halbjahr 2021 sind in Thüringen mehr als 17 000 Menschen gestorben – 2 000 mehr, als zu erwarten war. In Sachsen sind 31 700 Menschen gegenüber 28 200 Personen gestorben, die in der Projektionsrechnung ohne Pandemie verstorben wären. Gefolgt werden Thüringen und Sachsen in der Übersterblichkeit von Bayern, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern. Während Thüringen, Sachsen und Bayern bereits früh hohe Inzidenzen aufwiesen, war Mecklenburg-Vorpommern später und deutlich weniger stark betroffen. Dennoch reicht die Übersterblichkeit fast an das Niveau Bayerns heran. Einige Länder wie Schleswig-Holstein, Berlin oder Niedersachsen weisen keine oder keine nennenswerten Übersterblichkeit auf. Da für die Projektion der Sterbefälle die altersspezifischen Sterbequoten genutzt wurden, können für die unterschiedlichen Mortalitäten nicht unterschiedliche Altersstrukturen verantwortlich sein.³

In Abbildung 2 sind die berechnete Übersterblichkeit und die Impfquoten in den einzelnen Bundesländern dargestellt. In dem Diagramm repräsentiert jeder Punkt ein Bundesland. Für die Impfquote wurde der Anteil der Bevölkerung im Alter ab 18 Jahre mit mindestens einer Erstimpfung zum Stichtag 30. September 2021 – also zur Mitte des zweiten Halbjahres – verwendet (RKI 2022). Interessant ist der starke negative Zusammenhang. Bundesländer mit hoher Impfquote weisen auch eine deutlich niedrigere Übersterblichkeit auf. Einen ursächlichen Zusammenhang kann diese Darstellung selbstverständlich nicht belegen. Schließlich könnte ein solcher Zusammenhang auch entstehen, wenn in manchen Bundesländern die Bevölkerung angesichts der Corona-Pandemie sowohl die sozialen Kontakte zurückfährt als auch aufgeschlossener gegenüber Impfungen ist. Wenn jedoch rein die Verhaltensanpassungen die Übersterblichkeit determinieren würden, dann

* Prof. Marcel Thum ist Geschäftsführer der Niederlassung Dresden des ifo Instituts – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.

Abb. 1

Übersterblichkeit im zweiten Halbjahr 2021 nach Bundesländern



Quelle: Statistisches Bundesamt (2022), Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut

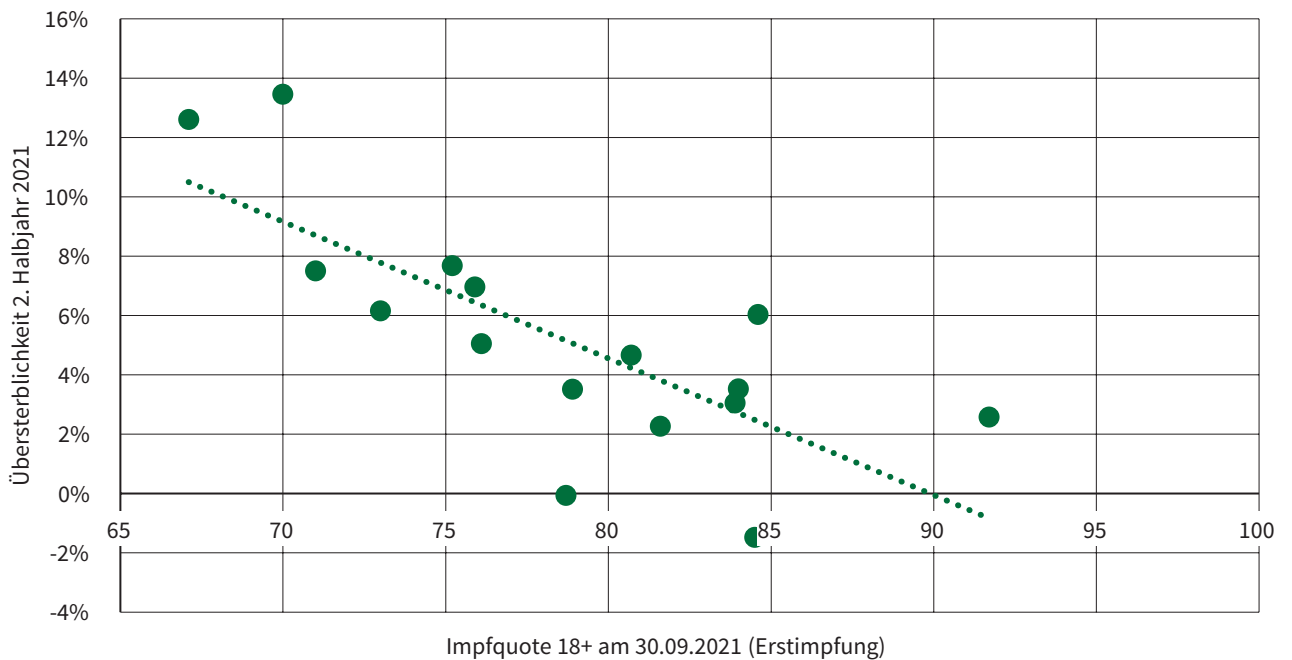
sollte das Muster der Übersterblichkeit über die Zeit hinweg stabil bleiben bzw. ein ähnlicher Zusammenhang auch für 2020 zu sehen sein.⁴ Dies ist aber nicht der Fall. Vom zweiten bis zum vierten Quartal 2020 hatte zwar wiederum Sachsen eine deutliche Übersterblichkeit, die anderen Bundesländer unterschieden sich jedoch kaum voneinander.

FAZIT

Die Daten der Sterbefälle zeigen eine große räumliche Heterogenität in der Übersterblichkeit. Eine hohe Übersterblichkeit lässt sich für den Südosten, insbesondere Thüringen und Sachsen, im zweiten Halbjahr 2021 feststellen. Über alle Bun-

Abb. 2

Impfquote und Übersterblichkeit im zweiten Halbjahr 2021 nach Bundesländern



Quelle: Statistisches Bundesamt, RKI, Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut

desländer hinweg geht mit einer höheren Impfquote auch eine geringere Übersterblichkeit in diesem Zeitraum einher.

LITERATUR

Ragnitz, J. (2022), „Übersterblichkeit während der Corona-Pandemie“, ifo Dresden berichtet 29 (01), S. 29-35.

RKI – Robert-Koch-Institut (Hrsg.) (2022), Covid-19 Impfungen in Deutschland, Download unter https://github.com/robert-koch-institut/COVID-19-Impfungen_in_Deutschland/blob/master/Archiv/2021-10-01_Deutschland_Impfquoten_COVID-19.csv (Stand: 3. März 2022).

Schöley, J. (2021), Robustness and Bias of European Excess Death Estimates in 2020 Under Varying Model Specifications, medRxiv preprint doi: <https://doi.org/10.1101/2021.06.04.21258353>

Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2022), Sonderauswertung zu Sterbefallzahlen der Jahre 2020 bis 2022, Wiesbaden, Download unter <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Sterbefaelle-Lebenserwartung/sterbefallzahlen.html> (Stand: 3. März 2022).

- 1 Vgl. Statistisches Bundesamt (2022). In anderen Untersuchungen der Übersterblichkeit, wie bspw. Ragnitz (2022), werden die Sterbetafeln zur Ermittlung der Normallage herangezogen.
- 2 Im Durchschnitt der Jahre 2016 bis 2019 traten im zweiten Halbjahr des jeweiligen betrachteten Jahres 48,4% aller Todesfälle auf.
- 3 Das Niveau der Übersterblichkeit hängt natürlich vom Referenzszenario ab. Schöley (2021) zeigt, dass sich die Schätzungen für das Niveau der Übersterblichkeit zwischen den einschlägigen Methoden zum Teil deutlich unterscheiden. Hier ist allerdings nicht das Niveau der Übersterblichkeit von Interesse, sondern die Unterschiede zwischen den Bundesländern stehen im Vordergrund.
- 4 Natürlich kann die Impfquote des Jahres 2021 nicht die Übersterblichkeit des Jahres 2020 beeinflussen. Würde man hier einen Zusammenhang finden, müssten andere, über die Zeit hinweg stabile Faktoren – wie das Sozialverhalten – die Treiber sein.

Felix Rösel*

Wie entwickelt sich Deutschland regional? Erste gebietsstandsberichtigte Einwohnerzahlen für alle Bundesländer seit 1871

In diesem Beitrag wird die regionale Bevölkerungsentwicklung in Deutschland zwischen 1871 und 2050 analysiert. Erstmals kann hierfür auf gebietsstandsberichtigte Einwohnerzahlen für alle 16 Bundesländer zurückgegriffen werden. Die Ergebnisse zeigen einen harten Bruch in der regionalen Entwicklung Deutschlands seit dem Zweiten Weltkrieg. Bis zum Krieg entwickelten sich alle Regionen des heutigen Deutschlands sehr gleichmäßig, danach driften die Bundesländer stark auseinander. Hierbei unterscheiden sich nicht nur Ost- und Westdeutschland. Auch innerhalb des Westens sind die regionalen Unterschiede beträchtlich. Der Trend hält auch künftig an: Einige Bundesländer werden innerhalb nur eines Jahrhunderts ihre Einwohnerzahlen verdoppelt, andere halbiert haben.

Kaum eine Kennzahl veranschaulicht die langfristige Entwicklung von Städten und Regionen besser als die Einwohnerzahl. Attraktive Regionen mit hohen Löhnen und guten Jobs erfahren Zuzug, vor allem durch junge Menschen, haben dadurch oftmals auch höhere Geburtenzahlen und wachsen insgesamt in der Einwohnerzahl. Weniger attraktive Regionen mit schlechteren Perspektiven haben dagegen mit Wegzügen, Überalterung und vielen Sterbefällen zu kämpfen. Die millionenfache Abwanderung aus Ostdeutschland vor 1961 und nach 1990 und ihre langfristigen Auswirkungen bis heute sind hierfür ein Paradebeispiel. Viele Menschen verließen ihre Heimat, weil sie bessere Lebenschancen im Westen des Landes sahen.

Wie sich die einzelnen Regionen in Deutschland langfristig entwickelt haben, ob es Unterschiede zwischen Stadtstaaten und Flächenländern gibt und wie sich die Entwicklung zwischen bzw. innerhalb Ost- und Westdeutschlands unterscheidet, konnte bisher kaum erforscht werden. Aufgrund der zahlreichen Gebiets- und Grenzänderungen im Verlauf des vergangenen Jahrhunderts wurden regionale historische Einwohnerzahlen in Deutschland regelmäßig nur geschätzt. Beispielsweise vergleicht Rösel (2019) Schätzwerte zur Einwohnerentwicklung von Ostdeutschland (mit Ostberlin) und Westdeutschland (mit Westberlin). Administrative Daten, die historische Einwohnerzahlen auf den Gebietsstand aller heutigen 16 Bundesländer zurückrechnen, existieren nicht.

Dieser Beitrag präsentiert erstmals historische Einwohnerzahlen für alle 16 Bundesländer in ihren heutigen Grenzen, gesammelt und zusammengeführt aus über 50 verschiedenen Datenquellen. Die Einwohnerzahlen sind als Tabelle im Anhang an diesen Beitrag dargestellt. Eine erste Auswertung der Daten zeigt, dass die Einwohnerzahlen der heutigen Bundesländer bis zum Zweiten Weltkrieg sehr gleichmäßig wuchsen, danach aber stark auseinanderdriften. Hierbei überraschen weniger die Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland, sondern eher die großen regionalen Unterschiede innerhalb Westdeutschlands. Die Disparitäten in der demografischen Entwicklung werden in den nächsten Jahrzehnten voraussichtlich noch

weiter zunehmen und sind eine zentrale Herausforderung für die Regionalpolitik in Deutschland.

DATEN UND METHODIK

In diesem Beitrag werden gebietsstandsberichtigte Einwohnerzahlen aller 16 Bundesländer für ausgewählte Stichtage seit 1871 vorgestellt und analysiert. Die Daten beruhen auf über 50 verschiedenen Quellen, unter anderem Daten der amtlichen Statistik, historische Gemeindeverzeichnisse oder Volkszählungspublikationen.¹ Aus diesen Datenquellen wurden für alle rund 11 000 heutigen Gemeinden in Deutschland gebietsstandsberichtigte Einwohnerzahlen berechnet (Rösel 2022). Diese Zahlen können wiederum zu Bundesländern in ihren heutigen Grenzen zusammengefasst werden.²

Dargestellt werden in diesem Beitrag Einwohnerzahlen für die Jahre 1871, 1910 (einige Länder: 1905), 1939, 1946, 1961 (Ostdeutschland: 1964), 1987 (Ostdeutschland: 1985), 2019 sowie die Ergebnisse der 14. Koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung für das Jahr 2050 (Variante G2L2W2, vgl. Statistisches Bundesamt 2019). Weitere Details sowie die absoluten Einwohnerzahlen aller Bundesländer können in Tabelle 1 am Ende des Beitrags eingesehen werden.

ERGEBNISSE

Bis zum Zweiten Weltkrieg entwickelten sich die Einwohnerzahlen auf dem Gebiet aller heutigen 16 Bundesländer sehr gleichmäßig und stiegen stark an (vgl. Abb. 1). Die grauen Linien repräsentieren die Bevölkerungsentwicklung in westdeutschen Bundesländern, hellgrüne Linien stellen ostdeutsche Bundesländer dar. Die Einwohnerzahl im Jahr 1939 wurde jeweils auf 100% normiert. Auch zwischen dem späteren West-

* Prof. Felix Rösel ist Professor für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Stadt- und Regionalökonomik an der Technischen Universität Braunschweig und Forschungsprofessor an der Dresdner Niederlassung des ifo Instituts – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.

und Ostdeutschland (mit Berlin) sind bis Kriegsbeginn kaum Unterschiede auszumachen. In beiden Regionen verdoppelten sich die Einwohnerzahlen zwischen 1871 und 1939.

Die 75 folgenden Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg könnten sich jedoch kaum stärker von den 75 Jahren zuvor unterscheiden. Nach dem Zweiten Weltkrieg driften die Bundesländer in ihrer Einwohnerentwicklung stark und dauerhaft auseinander. Aufgrund der prekären Ernährungs- und Wohnungssituation gelangten überdurchschnittlich viele Vertriebene und Flüchtlinge aus den Ostgebieten in die landwirtschaftlich geprägten Länder Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern. Die aus den Stadtstaaten geflüchteten Einwohnerinnen und Einwohner blieben zunächst auf dem Land. Durch Wanderungen glichen sich die bis Herbst 1946 entstandenen Unterschiede jedoch teilweise wieder aus. Seit den 1960er-Jahren sind deutliche Unterschiede in den Entwicklungstrends der Bundesländer zu beobachten. Einige Länder wuchsen rapide in ihrer Einwohnerzahl, andere stagnierten, und wiederum andere verloren seit 1946 durchweg Einwohner. Dieses Bild – eine gleichmäßige Entwicklung aller Bundesländer vor dem Krieg und ein Auseinanderdriften danach – erinnert an ein „ausgefranztes Kabel“.

Auch in den nächsten 30 Jahren ist eine Konvergenz, also ein Rückgang der nach 1945 entstandenen Unterschiede, nicht absehbar – ganz im Gegenteil. Die Lücke im Wachstum gegenüber der Vorkriegszeit dürfte sich abermals vergrößern. In Westdeutschland dürften 2050 etwa 63% Menschen mehr als 1939 wohnen, in Ostdeutschland dagegen 24% weniger Menschen. Einige Bundesländer werden innerhalb nur eines Jahr-

hunderts bis 2050 ihre Einwohnerzahlen verdoppelt, andere fast halbiert haben.

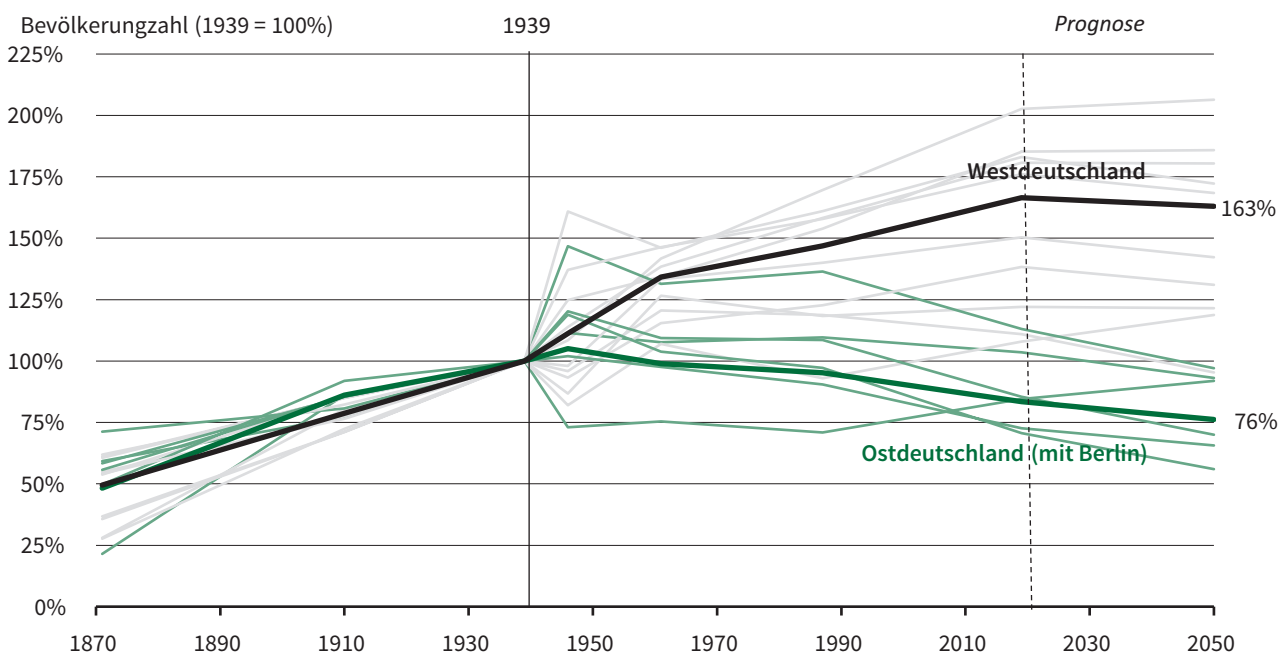
EINZELNE BUNDESLÄNDER

Bei einem Blick auf die einzelnen Bundesländer werden Ähnlichkeiten innerhalb bestimmter Ländergruppen sowie markante Unterschiede besser deutlich (vgl. Abb. 2). Am stärksten unterscheiden sich die Einwohnerentwicklung in Baden-Württemberg und die Entwicklung der drei ostdeutschen Bundesländer Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Vor dem Zweiten Weltkrieg war die Bevölkerungszunahme in beiden Regionen sehr ähnlich. Die drei ostdeutschen Länder hatten 1939 mit knapp 11 Mill. Einwohnerinnen und Einwohnern zusammen genommen eine mehr als doppelt so große Bevölkerungszahl wie Baden-Württemberg (5,5 Mill.). Im Jahr 2050 wird sich das Verhältnis nahezu umgekehrt haben – dann dürften in Baden-Württemberg etwa 11 Mill. Menschen leben, während Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen zusammen nur noch knapp mehr als 7 Mill. Einwohner zählen.

Neben der Gruppe von Ländern mit besonders auffälliger Entwicklung gibt es auch Länder mit einem moderateren Wachstum. Eine spürbare Einwohnerzunahme gegenüber der Vorkriegszeit verzeichnen auch die westdeutschen Länder entlang der früheren innerdeutschen Grenze: Bayern, Hessen, Schleswig-Holstein und Niedersachsen. Der Zuwachs ist jedoch geringer als in Baden-Württemberg. In den ostdeutschen Ländern Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg leben heute etwa so viele Menschen wie vor dem Zweiten Weltkrieg.

Abb. 1

Das „ausgefranzte Kabel“: Bevölkerungsentwicklung in den Bundesländern seit 1871



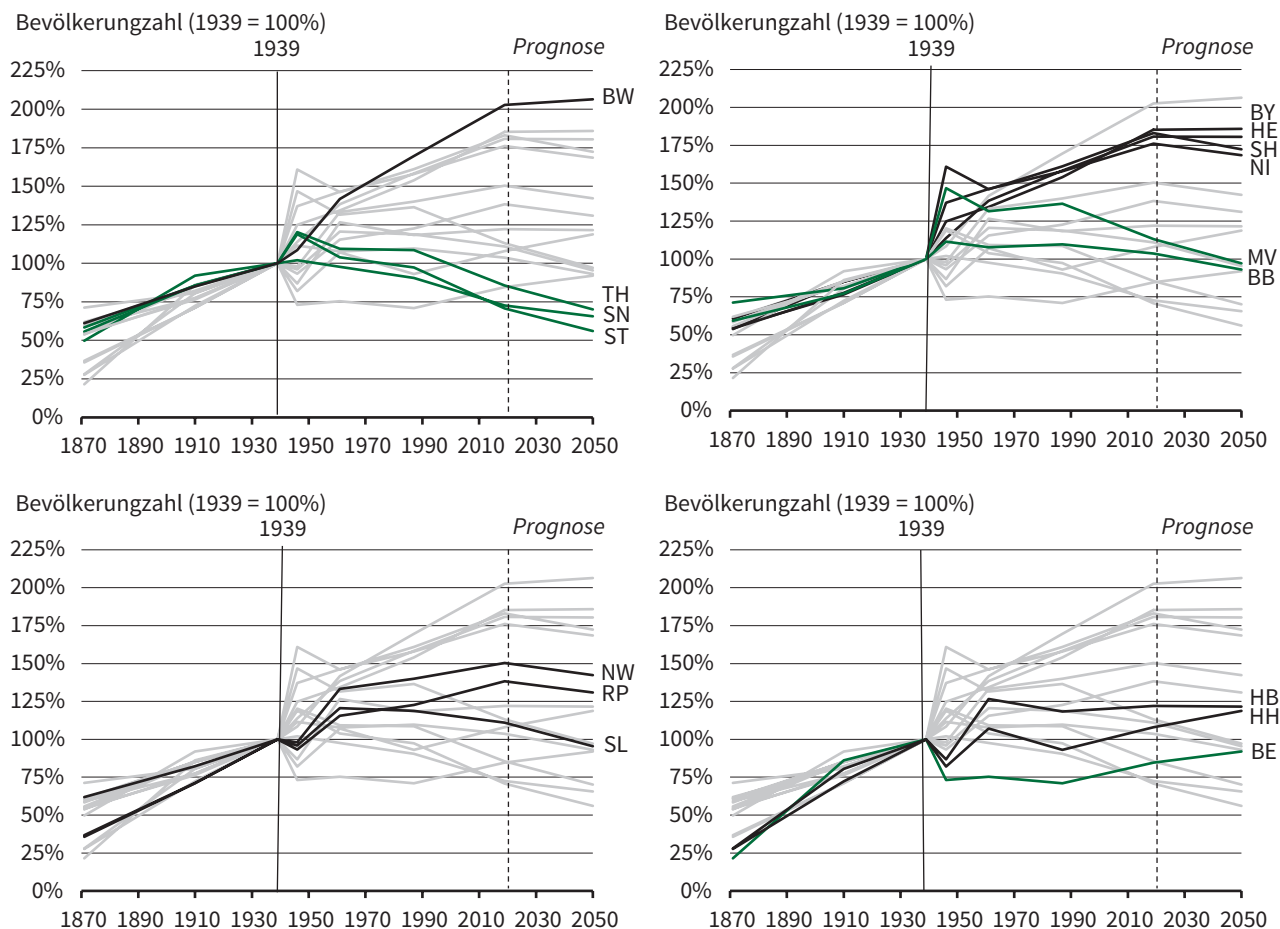
Hinweis: Die Abbildung zeigt die Einwohnerentwicklung aller 16 Bundesländer (gebietsstandsbereinigt) für ausgewählte Jahre zwischen 1871 und 2050. Graue Linien repräsentieren westdeutsche Bundesländer, hellgrüne Linien ostdeutsche Bundesländer. Die Einwohnerzahl des Jahres 1939 wurde auf 100% normiert. Die hervorgehobenen Linien zeigen die Einwohnerentwicklung in Westdeutschland (schwarz) und Ostdeutschland mit Berlin (grün). Die Daten beruhen auf einer Datenbank von historischen Einwohnerzahlen, die aus mehr als 50 verschiedene Datenquellen zusammengetragen wurde (Rösel 2022). Daten für 2050 stammen von Statistisches Bundesamt (2019).

Quelle: Darstellung des ifo Instituts.

© ifo Institut

Abb. 2

Bevölkerungsentwicklung nach Ländergruppen seit 1871



Hinweis: Die Abbildung zeigt die Einwohnerentwicklung aller 16 Bundesländer (gebietsstandsbereinigt) für ausgewählte Jahre zwischen 1871 und 2050. Jede graue Linie beschreibt ein Bundesland. Die Einwohnerzahl des Jahres 1939 wurde auf 100 % normiert. Die Daten beruhen auf einer Datenbank von historischen Einwohnerzahlen, die aus mehr als 50 verschiedene Datenquellen zusammengetragen wurde (Rösel 2022). Daten für 2050 stammen von Statistisches Bundesamt (2019).

Quelle: Darstellung des ifo Instituts.

© ifo Institut

Zu den stabilen Einwohnerzahlen in Brandenburg trägt die Nähe zu Berlin bei, die die Verluste in den berlinfernen Gebieten ausgleichen kann. In Mecklenburg-Vorpommern hält immer noch der große Einwohnerzuwachs aufgrund der zahlreichen Vertriebenen und Flüchtlinge nach dem Zweiten Weltkrieg nach.

Die geringste Einwohnerzunahme aller westdeutschen Länder gegenüber 1939 verzeichnen die stark industriell geprägten Länder Nordrhein-Westfalen und Saarland sowie das Land Rheinland-Pfalz. Seit dem Beginn des Übergangs von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft in den 1960er Jahren waren die traditionellen Industrieregionen einem starken Strukturwandel ausgesetzt und wuchsen nur noch mäßig oder verloren sogar Einwohner.

Die Stadtstaaten heben sich deutlich von den Flächenländern ab. In der Kriegs- und Nachkriegszeit zogen viele Stadtbewohner vorübergehend auf das Land, kamen aber in den 1950er Jahren zurück in die Städte. In allen drei Großstädten hat sich die Einwohnerzahl seit dieser Zeit vergleichsweise wenig verändert. In Bremen stagnieren die Einwohnerzahlen seit den 1960er Jahren. Hamburg hat erst vor wenigen Jahren seine Einwohnerzahl aus der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg

wieder erreicht, Berlin dürfte trotz des anhaltenden Booms auch im Jahr 2050 noch immer weniger Einwohner haben als 110 Jahre zuvor. Hamburg und Bremen verzeichneten – mit Ausnahme des Saarlandes – die geringsten Einwohnerzuwächse aller westdeutschen Länder, verglichen mit der Vorkriegszeit.

FAZIT

Erstmals stehen genaue historische Bevölkerungszahlen für alle 16 Bundesländer auf einem einheitlichen Gebietsstand zur Verfügung. Die Daten zeigen, dass sich die Bundesländer bis zum Zweiten Weltkrieg sehr ähnlich entwickelt haben, danach aber umso stärker auseinanderdrifteten und immer noch -driften. Die ungleiche Entwicklung dürfte sich in den kommenden Jahrzehnten weiter fortsetzen. Regionale Wachstumsunterschiede innerhalb Deutschlands sind eine besondere Herausforderung für die Regional- und Wirtschaftspolitik und den gesellschaftlichen Zusammenhalt des Landes.

Weiterer Forschungsbedarf besteht in zwei Richtungen. Erstens sollten nach der Bundesländerebene auch kleinräumige Entwicklungen in Städten und Gemeinden in den Blick

genommen werden. Eine Datenbank gebietsstandsbereinigter Einwohnerzahlen aller Landkreise und Gemeinden in Deutschland soll in Kürze bereitstehen (Rösel 2022). Zweitens sollten die Ursachen der unterschiedlichen Entwicklungstrends nach 1945 näher erforscht und quantifiziert werden. Neben den mittelbaren und unmittelbaren Auswirkungen der Teilung Deutschlands könnten Zuwanderung, der regionale Strukturwandel von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft, der Zugang zu internationalen Märkten durch die Europäische Integration oder landespolitische Entscheidungen zu den Unterschieden beigetragen haben.

LITERATUR

Rösel, F. (2019), „Die Wucht der deutschen Teilung wird völlig unterschätzt“, ifo Dresden berichtet 26 (03), S. 23-25.

Rösel, F. (2022), GPÖP – The German Local Population Database (1871–2019), Working Paper, mimeo.

Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2019), Ergebnisse der 14. Koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung – Variante 2 nach Ländern – Bevölkerungsentwicklung in den Bundesländern bis 2060, Erschienen am 27. Juni 2019, Wiesbaden.

- 1 Eine detaillierte Liste aller Quellen kann auf Anfrage zur Verfügung gestellt werden.
- 2 Eine Ausnahme bildet die Einwohnerzahl von Bayern im Jahr 1910, die auf einer Schätzung beruht.

Tab. 1

Anhang Bevölkerungsentwicklung nach Ländern

Land	1871	1905/1910 ^a	1939	1946	1961/1964 ^b	1985/1987 ^c	2019	2050 ^d
BW	3 349 409	4 653 576	5 476 396	5 939 284	7 759 154	9 286 387	11 100 394	11 303 000
BY	4 292 484	6 028 644	7 084 086	8 842 503	9 515 218	10 902 643	13 124 737	13 167 000
BE	931 984	3 734 258	4 338 756	3 170 832	3 270 959	3 075 670	3 669 491	3 986 000
BB	1 442 242	1 879 375	2 433 881	2 713 074	2 620 071	2 667 237	2 521 893	2 266 000
HB	154 409	403 867	557 898	484 474	706 366	660 084	681 202	678 000
HH	479 795	1 377 983	1 711 877	1 403 300	1 832 346	1 592 770	1 847 253	2 033 000
HE	1 870 661	2 959 692	3 479 126	3 962 082	4 814 337	5 507 777	6 288 080	6 279 000
MV	1 013 456	1 147 745	1 422 404	2 087 431	1 869 830	1 941 108	1 608 138	1 381 000
NI	2 492 111	3 472 395	4 539 147	6 225 049	6 640 796	7 163 602	7 993 608	7 645 000
NW	4 256 378	8 479 443	11 935 406	11 695 931	15 902 212	16 711 845	17 947 221	16 976 000
RP	1 832 388	2 434 505	2 959 994	2 761 138	3 417 116	3 630 823	4 093 903	3 877 000
SL	326 791	633 318	889 469	853 397	1 072 538	1 055 660	986 887	848 000
SN	2 788 331	5 158 745	5 607 772	5 719 691	5 476 541	5 075 093	4 071 971	3 679 000
ST	1 730 388	2 656 586	3 105 539	3 691 851	3 225 410	3 021 008	2 194 782	1 739 000
SH	858 184	1 230 470	1 586 218	2 552 014	2 317 441	2 554 241	2 903 773	2 733 000
TH	1 456 129	2 133 712	2 495 354	3 000 444	2 728 046	2 709 316	2 133 378	1 748 000
DE	29 275 140	48 384 314	59 623 323	65 102 495	73 168 381	77 555 264	83 166 711	80 338 000

Hinweis: Die Tabelle berichtet Einwohnerzahlen aller 16 Bundesländer (gebietsstandsbereinigt) für ausgewählte Jahre zwischen 1871 und 2050. Die Daten beruhen auf einer Datenbank von historischen Einwohnerzahlen, die aus mehr als 50 verschiedene Datenquellen zusammengetragen wurde (Rösel 2022). Daten für 2050 stammen von Statistisches Bundesamt (2019). a) NI, NW, RP, SL, SH: 1905. BY: Vorläufiger Schätzwert. b) BB, BE, MV, SN, ST, TH: 1964. c) BB, BE, MV, SN, ST, TH: 1985. d) 14. Koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Variante G2L2W2.

Quelle: Darstellung des ifo Instituts.

© ifo Institut

Kerim Peren Arin, Juan A. Lacomba, Francisco Lagos, Deni Mazrekaj und Marcel Thum*

Hohe Fehlwahrnehmungen zu wichtigen politischen Themen in der Bevölkerung

Anhand von groß angelegten Umfragen in vier europäischen Ländern untersuchen wir die Determinanten von Fehlwahrnehmungen bei politischen Themen, die insbesondere bei links- und rechtspopulistischen Parteien typischerweise hoch auf der Agenda stehen. Unsere Ergebnisse zeigen, dass die Menschen den Anteil von Einwander*innen, Muslim*innen, Menschen unter der Armutsgrenze und den Einkommensanteil der Reichsten erheblich überschätzen. Weibliche, einkommensschwache und weniger gebildete Befragte haben höhere Fehlwahrnehmungen. Außerdem beleuchten wir, wie die COVID-19-Pandemie verzerrte Wahrnehmungen beeinflusst hat: insbesondere rechte Fehlwahrnehmungen hinsichtlich des Anteils der Muslim*innen wurden leicht verstärkt.

MOTIVATION

Fehlwahrnehmungen behindern unsere Fähigkeit, sinnvolle politische Positionen zu bilden, und können demokratische Institutionen untergraben. Die öffentlichen Debatten über die Impfpflicht oder die Zuwanderungspolitik sind Beispiele für kontroverse Themen, die durch falsche Wahrnehmungen der Menschen erheblich geprägt sind (Flynn, Nyhan und Reifler 2017; Nyhan 2020). Fehlwahrnehmungen bestimmen möglicherweise die Wahlergebnisse und beeinflussen die Politik für Jahre. In den Vereinigten Staaten haben die nicht-hispanischen weißen Wähler*innen Donald Trump 2016 entscheidend zum Wahlsieg verholfen. Diese Bevölkerungsgruppe macht zwei Drittel der Wahlberechtigten und drei Viertel der tatsächlichen Wähler*innen aus (Igielnik und Buddiman 2020). Viele in dieser Gruppe unterliegen der Fehleinschätzung, sie würden schon bald zu einer Minderheit gehören. Dies könnte ihre Wahlentscheidung beeinflusst haben (Cohn 2016). In ähnlicher Weise haben europäische Wähler*innen große Fehleinschätzungen bezüglich der Einwanderung (Alesina, Miano und Stantcheva 2018). Viele Wähler*innen überschätzen die Zahl der Einwander*innen dramatisch. Politische Parteien, die Grenzschließungen und eine „Festung Europa“ unterstützen, haben an Einfluss gewonnen (Boerzel und Risse 2018). Ähnlich wie bei der Einwanderung bestehen in Bezug auf die Einkommensverteilung weit verbreitete Unkenntnis und Fehlwahrnehmungen (Gimpelson und Treisman 2015). Die meisten Menschen überschätzen massiv die Armutsquoten und die Einkommen der Superreichen.

In einer neuen Forschungsarbeit (Arin et al. 2022) untersuchen wir, welche individuellen sozioökonomischen Merkmale die Fehlwahrnehmungen beeinflussen. Da unsere Untersuchung während des Beginns der Covid-19-Pandemie durchgeführt wurde, können wir auch der Frage nachgehen, ob die coronabedingten Mobilitätsbeschränkungen die Fehlwahrnehmungen zusätzlich beeinflusst haben.¹

BEFRAGUNG

Die Befragung fand zwischen dem 3. und 30. März 2020 statt. Befragt wurden insgesamt rund 16 000 Teilnehmer*innen in Frankreich, Deutschland, Spanien und dem Vereinigten Königreich.² In diesem Zeitraum begann die COVID-19-Pandemie sich rasch auszubreiten. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) rief den internationalen Gesundheitsnotstand aus. In allen vier Ländern wurden zu unterschiedlichen Zeitpunkten landesweite Einschränkungen verhängt: am 14. März 2020 in Spanien, am 17. März 2020 in Frankreich, am 22. März 2020 in Deutschland und schließlich am 24. März 2020 im Vereinigten Königreich.³

In Anlehnung an Rodrik (2018) unterscheiden wir zwischen linken und rechten Varianten des Populismus. Wir untersuchen die Fehlwahrnehmungen zu vier zentralen Themen: Einwanderung, muslimische Bevölkerung, Armut und Spitzeneinkommen. Rechtspopulistische Politiker*innen betonen vor allem eine kulturelle Spaltung, d. h. die nationale, ethnische, religiöse oder kulturelle Identität des „Volkes“ gegen Außengruppen. Linkspopulisten legen hingegen den Schwerpunkt auf die wirtschaftliche Spaltung, d. h. wohlhabende Gruppen, die die Wirtschaft kontrollieren, gegenüber einkommensschwächeren Gruppen ohne Zugang zur Macht. Fehlwahrnehmungen bei der Zuwanderung oder der muslimischen Bevölkerung stehen eher mit rechtspopulistischen Positionen in Verbindung, Fragen der wahrgenommenen ungleichen Verteilung (Armut, Spitzeneinkommen) eher mit linkspopulistischen.

Wir haben die Fehlwahrnehmungen quantifiziert, indem wir die Befragten gebeten haben, den Anteil der Einwander*innen, der Muslim*innen, der Menschen unterhalb der Armutsgrenze und den Einkommensanteil der reichsten 10% der Bevölkerung im Befragungsland zu schätzen. Anschließend

* Prof. Kerim Peren Arin ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Zayed University (Vereinigte Arabische Emirate), Prof. Juan Lacomba und Prof. Francisco Lagos sind Professoren für Ökonomik an der Universidad de Granada (Spanien), Prof. Deni Mazrekaj ist Assistenzprofessor für Soziologie an der Universität Utrecht (Niederlande) und Prof. Marcel Thum ist Geschäftsführer der Niederlassung Dresden des ifo Instituts – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V sowie Professor für Finanzwissenschaft an der TU Dresden.

verglichen wir die Schätzungen der Befragten mit den offiziellen Statistiken in jedem Land.

FEHLWAHRNEHMUNGEN HINSICHTLICH RECHTSPOPULISTISCHER THEMEN

Abbildung 1 zeigt die Überschätzung der im Ausland geborenen Bevölkerung (linke Grafik) und der muslimischen Bevölkerung (rechte Grafik). Die Punkte geben für die jeweilige soziodemografische Gruppe die Überschätzung in Prozentpunkten an. Sowohl der Anteil der Einwander*innen als auch der Anteil der muslimischen Bevölkerung wird deutlich überschätzt. Der tatsächliche Anteil der Einwander*innen reicht von 12% in Frankreich bis 17% in Deutschland. Die Befragten schätzen, dass dieser Anteil bei 25% bis 30% liegt. Die Fehleinschätzung der Zuwanderung beträgt also in den vier Ländern unserer Stichprobe im Durchschnitt rund 12 Prozentpunkte; diese Differenz zwischen geschätztem und tatsächlichem Bevölkerungsanteil ist in der Abbildung dargestellt. Die Fehleinschätzung ist noch größer, wenn es um den Anteil der Bevölkerung muslimischen Glaubens geht. Die Befragten schätzten diesen Anteil auf etwa 20%; der tatsächliche Anteil beträgt in allen vier Ländern weniger als 5%. Die Überschätzung beträgt daher mehr als 16 Prozentpunkte, wie auch der Abbildung zu entnehmen ist.

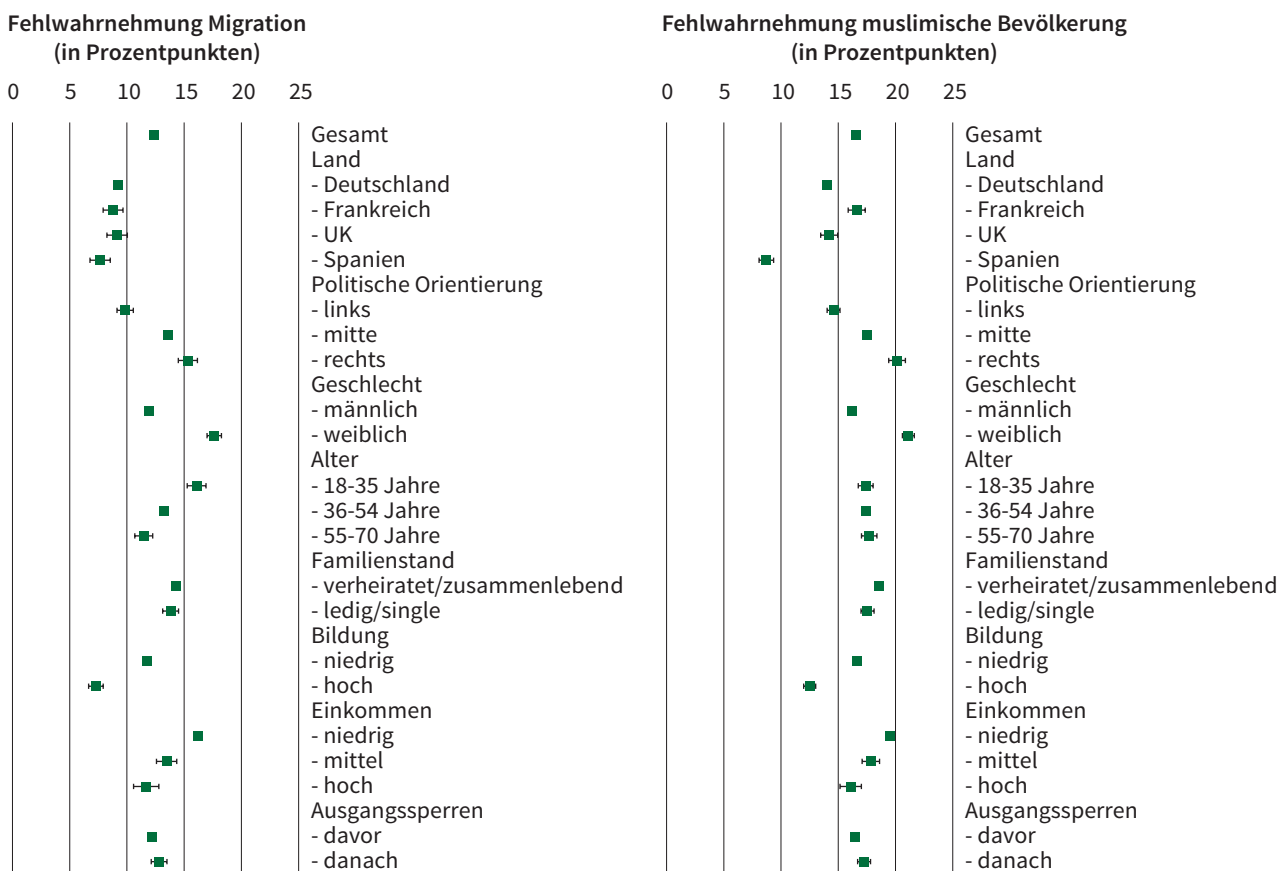
Die Überschätzung bei beiden Themen steht im Einklang mit früheren Studien aus den USA und diversen europäischen Ländern (Wagner 2021).

Die Fehleinschätzungen gehen mit der politischen Orientierung einher: Befragte, die sich links einordnen, hatten geringere und Befragte, die sich rechts einordnen, höhere Fehleinschätzungen als Befragte der politischen Mitte. Die Spannweite der Linie um die Punkte bei „Links“ und „Rechts“ zeigt Konfidenzintervalle basierend auf der doppelten Standardabweichung an. Die Fehleinschätzungen von linken bzw. rechten Wähler*innen unterscheidet sich signifikant von Wähler*innen in der Mitte, da diese Linien nicht mit dem Punkt der Referenzkategorie (Mitte) überlappen. Aber selbst diejenigen, die sich auf der linken Seite des politischen Spektrums ansiedelten, überschätzten den Anteil der Einwander*innen und Muslim*innen immer noch erheblich. Im Vergleich zu den Menschen, die sich der politischen Mitte zugehörig fühlen, sind ihre Fehleinschätzungen im Durchschnitt 3 bis 4 Prozentpunkte geringer.

Selbst wenn man für die politische Ausrichtung kontrolliert, haben sozioökonomische Faktoren zusätzlichen Erklärungsgehalt für rechtspopulistische Fehlwahrnehmungen.⁴ So nehmen sowohl die Fehleinschätzungen in Bezug auf Einwanderung als auch auf den Anteil der muslimischen Bevölkerung mit dem Einkommen und der Bildung ab. Ein Wechsel von ei-

Abb. 1

Rechte Fehlwahrnehmungen: Überschätzung von Immigration (links) und muslimischer Bevölkerung (rechts)



Anmerkung: Die Punkte geben für die jeweilige soziodemografische Gruppe die Überschätzung der Bevölkerungsanteile in Prozentpunkten an. Die schwarzen Linien um die grünen Kästchen markieren die Konfidenzintervalle. Wenn die Referenzkategorie (grüner Kasten ohne Konfidenzintervall) außerhalb dieser Spannweite liegt, weicht die soziodemografische Gruppe signifikant von der jeweiligen Referenzkategorie ab.

Quelle: Arin et al. (2022), Darstellung des ifo Instituts.

nem niedrigen zu einem hohen Bildungsniveau verringert die Fehleinschätzungen um 4 bis 4,5 Prozentpunkte. In ähnlicher Weise weisen Arbeitslose in beiden Dimensionen deutlich höhere Fehleinschätzungen auf. Wir stellen außerdem fest, dass die Fehleinschätzung sowohl der Einwanderung als auch bei der Religion bei Frauen tendenziell ein größeres Ausmaß aufweist als bei Männern. Die Überschätzung des Einwandereranteils nimmt mit dem Alter ab. Dies könnte darauf zurückzuführen sein, dass jüngere Kohorten stärker mit Zuwander*innen in Kontakt sind und die Befragten ihre eigene Kohorte als Referenzgruppe verwenden, wenn sie den Anteil der Zuwander*innen an der Gesamtbevölkerung schätzen. Wie soziale Nähe die Wahrnehmung beeinflusst, zeigen auch Studien für die USA (z. B. Sigelman und Niemi 2001). Die Überschätzung der afro-amerikanischen Minderheit in den USA nimmt mit dem Anteil der Afro-Amerikaner in der Nachbarschaft der Befragten zu.

FEHLWAHRNEHMUNGEN HINSICHTLICH LINKS-POPULISTISCHER THEMEN

Abbildung 2 zeigt die Fehleinschätzungen beim Anteil der Menschen, die unterhalb der Armutsgrenze leben (linke Grafik) und beim Einkommensanteil der reichsten 10% der Bevölkerung im Befragungsland (rechte Grafik). Die Befragten über-

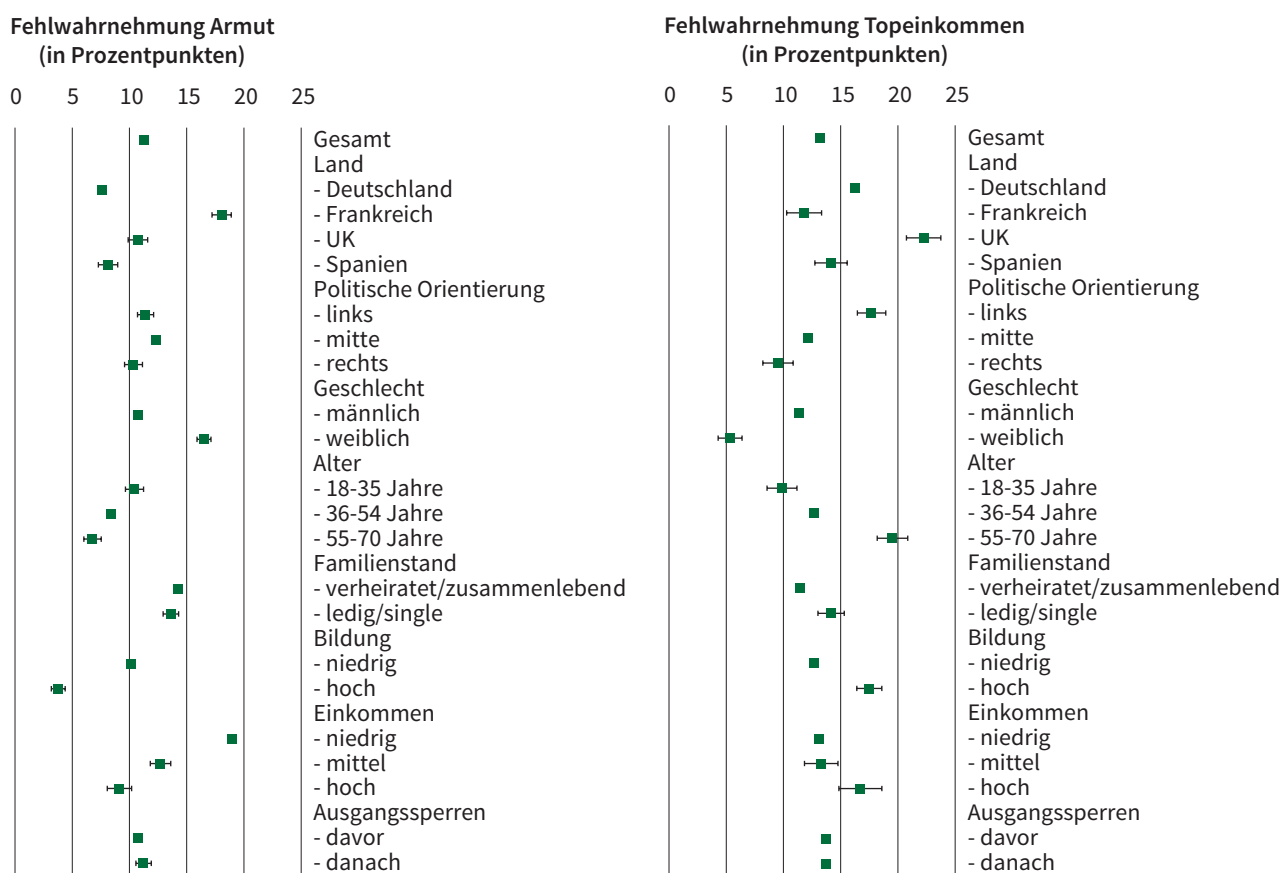
schätzten sowohl die Armut als auch die Spitzeneinkommen erheblich. Die Armutsquoten in unseren vier Ländern reichen von 10% in Frankreich bis 18% in Spanien. Im Durchschnitt wurden die Armutsquoten um 11 Prozentpunkte überschätzt. Auch der tatsächliche Einkommensanteil der reichsten 10% ist in allen vier Ländern recht ähnlich und liegt zwischen 24% und 26%. Im Durchschnitt überschätzten die Befragten diese Anteile um 13 Prozentpunkte.

Zwischen den einzelnen Ländern gibt es bemerkenswerte Unterschiede. Im Vereinigten Königreich sind die Fehleinschätzungen in beiden Dimensionen größer als in Deutschland, das die Referenzgruppe darstellt. In Frankreich sind die Fehleinschätzungen in Bezug auf die Ärmsten größer und die Fehleinschätzungen in Bezug auf die Reichsten kleiner als in Deutschland.

Wenn wir uns den sozioökonomischen Determinanten linker Fehlwahrnehmungen zuwenden, spielt die politische Orientierung erneut eine wichtige Rolle sowohl für die Top-einkommen als auch für die Armut. Befragte der Mitte haben die höchsten Fehlwahrnehmungen bei der Armut im Vergleich zu denjenigen, die sich als rechts oder links identifizieren. Im Gegensatz dazu werden die Fehlwahrnehmungen in Bezug auf die Spitzeneinkommen umso größer, je weiter links die Befragten auf der politischen Skala stehen.

Abb. 2

Linke Fehlwahrnehmung: Überschätzung des Anteils der Menschen unterhalb der Armutsgrenze (links) und der reichsten 10% (rechts)



Anmerkung: Die Punkte geben für die jeweilige soziodemografische Gruppe die Überschätzung der Bevölkerungsanteile in Prozentpunkten an. Die schwarzen Linien um die grünen Kästchen markieren die Konfidenzintervalle. Wenn die Referenzkategorie (grüner Kasten ohne Konfidenzintervall) außerhalb dieser Spannweite liegt, weicht die soziodemografische Gruppe signifikant von der jeweiligen Referenzkategorie ab.

Quelle: Arin et al. (2022), Darstellung des ifo Instituts.

© ifo Institut

Wie bei den rechtsgerichteten Fehlwahrnehmungen stellen wir fest, dass die anderen sozioökonomischen Variablen eine starke Erklärungskraft haben, selbst wenn für die politische Orientierung kontrolliert wird.⁵ Im Gegensatz zu rechten Fehleinschätzungen sind die sozioökonomischen Faktoren, die linke Fehleinschätzungen beeinflussen, jedoch weniger einheitlich. So überschätzen Frauen beispielsweise den Anteil der Menschen unter der Armutsgrenze stärker, während Männer den Einkommensanteil der Reichsten stärker überschätzen. Ein ähnlich gespaltenes Bild ergibt sich in Bezug auf das Alter: Die Überschätzung der Armut nimmt mit dem Alter ab (wie es auch bei den rechtsgerichteten Fehlwahrnehmungen der Fall war), aber die Fehlwahrnehmungen der Spitzeneinkommen nehmen mit dem Alter zu. Befragte mit hohem Bildungsstand und hohem Einkommen weisen deutlich geringere Armutsfehlwahrnehmungen auf, aber signifikant größere Fehlwahrnehmungen der Spitzeneinkommen. Die soziale Nähe zu Reichen und Armen in der Gesellschaft könnte für das Ausmaß der Fehlwahrnehmungen eine Rolle spielen. Besser gestellte oder höher gebildete Personen orientieren sich möglicherweise an Bevölkerungsschichten mit höheren Einkommen. Diese Referenzeinkommen werden dann zu stark wahrgenommen.

Einige neuere Studien haben ebenfalls die individuellen Determinanten linker Fehlwahrnehmungen untersucht. Page und Goldstein (2016) fanden für die USA heraus, dass die Befragten die Einkommensungleichheit unterschätzten. Ältere und gebildete Menschen hatten eine geringere Fehlwahrnehmung der Armut (unteres 10%-Dezil). Mit dem Alter nahm die Fehlwahrnehmung der Spitzeneinkommen deutlich ab. Cruces, Perez-Truglia und Tetaz 2013 sowie Xu und Garand 2010 zeigen, dass auch die Wahrnehmungsverzerrungen bei der Ungleichheit stark von den individuellen Erfahrungen lokaler Referenzgruppen abhängen. Xu und Garand 2010 stellen außerdem fest, dass konservativere Befragte einen geringeren Anstieg der Einkommensungleichheit wahrnehmen als Zentristen.

VERÄNDERUNGEN IN DER PANDEMIE

Um die potenziellen Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf die Fehlwahrnehmungen zu erfassen, verwenden wir zwei Variablen: eine binäre Variable, die die Kontakt- und Mobilitätsbeschränkungen erfasst, und eine Trendvariable (Pandemie), die den kumulierten Effekt der globalen Pandemie einfangen soll. Die Trendvariable ist eine Tageszahl für unseren Untersuchungszeitraum, der vom 3. März bis zum 30. März 2020 reicht.

In den Abbildungen 1 und 2 sind die Fehlwahrnehmungen unter der Rubrik „Ausgangssperren“ ersichtlich. Die Punkte für linke Fehlwahrnehmungen liegen vor und nach Implementierung der Mobilitäts- und Ausgangsbeschränkungen nicht signifikant voneinander entfernt. Bei den rechten Fehlwahrnehmungen zeigt sich hingegen, dass die Überschätzung des Anteils der muslimischen Bevölkerung nach den Ausgangssperren noch einmal signifikant höher liegt – obwohl sich in den wenigen Tagen an der Zusammensetzung der Bevölkerung nichts geändert hat.

Anhand der Pandemie-Variablen lässt sich die Entwicklung im Zeitverlauf verfolgen. Spanien ist das einzige Land, in dem die meisten Fehlwahrnehmungen (mit Ausnahme der

Fehlwahrnehmung der Einkommensungleichheit) im Verlauf der Pandemie signifikant zurückgingen.

ZUSAMMENFASSUNG

Unsere Studie zeigt eindrücklich große Fehlwahrnehmungen in allen Dimensionen. Selbst unter Berücksichtigung der politischen Orientierung können wir weitere signifikante sozio-demografische Determinanten der Fehlwahrnehmung identifizieren: Frauen, verheiratete Personen mit geringem Einkommen und Personen mit niedrigem Bildungsniveau haben tendenziell größere Fehleinschätzungen.⁶ Was die politische Orientierung betrifft, scheint das Ausmaß der Fehlwahrnehmung mit der Ideologie zusammenzuhängen. Rechtsgerichtete Befragte zeigten die größte Fehleinschätzung bei den beiden rechtsgerichteten Anliegen (Einwanderung und muslimische Bevölkerung). Linksgerichtete Teilnehmer wiesen hingegen die größte Fehleinschätzung beim Einkommensanteil der Reichsten auf. Während Frankreich bei den Fehleinschätzungen über die muslimische Bevölkerung und die Armutsquote führend ist, weist das Vereinigte Königreich die höchsten Fehlinformationen über die Einkommensverteilung auf. Spanien hat die geringsten rechtsgerichteten Fehleinschätzungen und ist das einzige Land, das in den ersten Wochen der Pandemie in drei von vier Dimensionen einen deutlichen Rückgang verzeichnete.

Die großen und während der Pandemie sogar zunehmenden Fehleinschätzungen werfen die Frage auf, ob Maßnahmen gegen diese Verzerrungen sinnvoll sind. In einigen früheren Arbeiten über Fehlwahrnehmungen wurde untersucht, welche Folgen die Bereitstellung von Informationen und damit die Korrektur von Fehlwahrnehmungen haben. Die bisherigen Erkenntnisse sind nicht eindeutig. Die Bereitstellung von Informationen konnte die Einstellung der Menschen zur Einwanderung nicht ändern (Alesina, Miano und Stantcheva 2018 sowie Hopkins, Sides und Citrin 2019). Bei linken Fehlwahrnehmungen konnten Informationen über den wahren Grad der Einkommensungleichheit die Umverteilungspräferenzen der Befragten teilweise verändern (Cruces, Perez-Truglia und Tetaz 2013 sowie Karadja, Mollerstrom und Seim 2017). Die Befragten wurden gebeten, ihre eigene relative Position in der Einkommensverteilung einzuschätzen. Dann erhielten sie Informationen über ihre eigene Position innerhalb der Einkommensverteilung. Diejenigen, die ihre relative Position überschätzt hatten, neigten dazu, mehr Umverteilung zu befürworten (Cruces, Perez-Truglia und Tetaz 2013) und diejenigen, die ihre Position unterschätzten, wollten die Umverteilung reduzieren (Karadja, Mollerstrom und Seim 2017). Das Ergebnis sieht jedoch anders aus, wenn die Befragten nicht nach ihrer eigenen Position in der Einkommensskala, sondern nur nach ihren Schätzungen der allgemeinen Armutsquote gefragt werden (Lawrence und Sides 2014). Dann hat die Bereitstellung korrekter Informationen keine Auswirkung auf die politischen Einstellungen. Ähnliche Ergebnisse finden sich bei Engelhardt und Wagener (2018). Information über Fakten alleine hatte kaum Auswirkungen auf die Umverteilungspräferenzen. Nur wenn die Teilnehm*innen erfuhren, dass sie selbst Nettozahler in das Steuertransfersystem waren, wurden sie abgeneigter gegenüber Umverteilung.

Die Studie identifiziert große Fehlwahrnehmungen. Diese Fehlwahrnehmungen erschweren möglicherweise eine ratio-

nale Konsensfindung in der Gesellschaft erschweren. Ob die Fehlwahrnehmungen ursächlich für eine zunehmende Spaltung der Gesellschaft sind, ist noch weitgehend unklar. Weitere Forschung auf diesem Gebiet könnte hier erhellende Erkenntnisse liefern, beispielsweise ob und wie diese Fehlwahrnehmungen korrigiert werden können.

LITERATUR

Alesina, A., Armando M. und S. Stantcheva (2018), Immigration and Redistribution. Working Paper 24733. National Bureau of Economic Research.

Arin, K. P., Lacomba, J. A., Lagos, F., Mazrekaj, D. und M. Thum (2022), Misperceptions and Fake News During the COVID-19 Pandemic. Working Paper 22/03, Department of Economics, Universidad de Granada.

Boerzel, T. A. und T. Risse (2018), „From the Euro to the Schengen Crises: European Integration Theories, Politicization, and Identity Politics”. *Journal of European Public Policy* 25.1, S. 83–108.

Cohn, N. (2016), There Are More White Voters Than People Think. That’s Good News for Trump, Download unter <https://www.nytimes.com/2016/06/10/upshot/there-are-more-white-voters-than-people-think-thats-good-news-for-trump.html>.

Cruces, G., Perez-Truglia, R. und M. Tetaz (2013), „Biased Perceptions of Income Distribution and Preferences for Redistribution: Evidence from a Survey Experiment”, *Journal of Public Economics* 98, S. 100–112.

Engelhardt, C. und A. Wagener (2018), „What Do Germans Think and Know about Income Inequality? A Survey Experiment”, *Socio-Economic Review* 16, S. 743–767.

Flynn, D. J., Nyhan, B. und J. Reifler (2017), „The Nature and Origins of Misperceptions: Understanding False and Unsupported Beliefs About Politics”, *Political Psychology* 38, S. 127–150.

Gimpelson, V. und D. Treisman (2018), „Misperceiving Inequality”, *Economics & Politics* 30, S. 27–54.

Hopkins, D. J., Sides, J. und J. Citrin (2019), „The Muted Consequences of Correct Information about Immigration”, *The Journal of Politics* 81, S. 315–320.

Karadja, M., Mollerstrom, J. und D. Seim (2017), „Richer (and Holier) Than Thou? The Effect of Relative Income Improvements on Demand for Redistribution”, *The Review of Economics and Statistics* 99, S. 201–212.

Lawrence, E. D. und J. Sides (2014), „The Consequences of Political Innumeracy”, *Research & Politics* 1, S. 1–8.

Nyhan, B. (2020), „Facts and Myths about Misperceptions”, *Journal of Economic Perspectives* 34, S. 220–36.

Page, L. und D. G. Goldstein (2016), „Subjective Beliefs about the Income Distribution and Preferences for Redistribution”, *Social Choice and Welfare* 47, S. 25–61.

Rodrik, D. (2018), „Populism and the Economics of Globalization”, *Journal of International Business Policy* 1, S. 12–33

Sigelman, L. und R. G. Niemi (2001), „Innumeracy about Minority Populations: African Americans and Whites Compared”, *Public Opinion Quarterly* 65, S. 86–94.

Thum, M. (2021), „Landesweite Lockdowns, wirtschaftliche Wahrnehmung und politische Einstellungen in der Bevölkerung”, *ifo Dresden berichtet* 28 (02), S. 15–18.

Wagner, F. (2021), „Zahl der Zuwanderer und religiösen Minderheiten wird systematisch überschätzt“, *ifo Dresden berichtet* 28 (04), S. 7–11.

Xu, P. und J. C. Garand (2010), „Economic Context and Americans’ Perceptions of Income Inequality”, *Social Science Quarterly* 91, S. 1 220–1 241.

-
- 1 Die Untersuchung befasst sich auch mit der Verbreitung von Fake News; die Ergebnisse zu diesem Themenkomplex werden hier ausgeblendet.
 - 2 Zu weiteren Details der Befragung siehe Arin et al. (2022) und Thum (2021).
 - 3 Unsere Umfrage war ursprünglich nicht darauf angelegt, die Auswirkungen von Covid-19 zu erfassen, sondern startete eher zufällig genau in dem Zeitraum, in dem die Pandemie Fahrt aufnahm.
 - 4 Bei jedem der in der Abbildung dargestellten Punkte für eine Kategorie sind die anderen soziodemografischen Variablen auch Teil der Regression.
 - 5 Einige neuere Studien untersuchen ebenfalls individuelle Determinanten linker Fehlwahrnehmungen: Page und Goldstein (2016), Cruces, Perez-Truglia und Tetaz (2013), sowie Xu und Garand (2010).
 - 6 Dies gilt nicht hinsichtlich der Überschätzung von Spitzeneinkommen.

Xenia Frei*

Rentenbezüge haben sich seit 1960 verdreifacht

Seit den 1960er Jahren stiegen die kumulierten Rentenbezüge, welche Rentner*innen in Deutschland über ihre gesamte Rentenbezugsdauer erhielten, stetig an. Bis zum Jahr 2018 hatte sich dieser Betrag gegenüber dem Jahr 1960 inflationsbereinigt mehr als verdreifacht. Besonders die gestiegene Rentenbezugsdauer ist hierfür verantwortlich. Während die verbleibende Lebenserwartung bei Rentnereintritt in Deutschland seit den 1960er Jahren stetig anstieg, erhöhte sich das Rentnereintrittsalter in diesem Zeitraum kaum; zeitweise sank es sogar. In der Folge stieg die Rentenbezugsdauer an.

BUNDEZUSCHÜSSE ZUR RENTE STEIGEN AN

Das deutsche Rentensystem basiert auf dem Umlageverfahren, bei dem die aktuelle Erwerbsbevölkerung die Rentenbezüge der gegenwärtigen Rentnerinnen und Rentner finanziert. Das zahlenmäßige Verhältnis von Beitragszahler*innen zu Rentenbezieher*innen ist daher entscheidend dafür, ob die Rente nachhaltig finanzierbar ist. Sind viele Beitragszahler*innen für wenige Rentner*innen „verantwortlich“, so kann das Rentenniveau hoch sein, während die Rentenbeiträge der Erwerbsbevölkerung niedrig bleiben. Finanzieren hingegen immer weniger Beitragszahler*innen immer mehr Rentner*innen, wie es aktuell in Deutschland der Fall ist, so müssen entweder die Beiträge der Erwerbsbevölkerung steigen, oder das Rentenniveau muss sinken.

Sollen sowohl Beiträge als auch Rentenniveau konstant bleiben, muss entweder die Zahl der Beitragszahler*innen steigen oder die Rente muss aus Steuermitteln finanziert werden. In Deutschland ist das Verhältnis von Personen im erwerbsfähigen Alter und Personen im Rentenalter seit Jahren rückläufig. Daher wurde die zunehmende Diskrepanz aus Beiträgen und Bezügen in der Vergangenheit immer stärker aus Steuermitteln bestritten (vgl. Abb. 1). Allein zwischen den Jahren 2000 und 2019 stiegen die inflationsbereinigten Bundeszuschüsse um 26% an. Weitere Bundesmittel wie beispielsweise Beiträge zu Erziehungszeiten und Erstattungen einigungsbedingter Leistungen sind hier nicht enthalten. Seit Beginn des Untersuchungszeitraums 1960 stiegen die Zuschüsse deutlich stärker. Allerdings kann vor 1991 nur das westdeutsche Bundesgebiet berücksichtigt werden. Der Anstieg der Bundeszuschüsse in den vergangenen 60 Jahren ist zum einen auf das abnehmende Verhältnis von Beitragszahler*innen zu Rentner*innen zurückzuführen. Zum anderen stieg die Rentenbezugsdauer.

KUMULIERTE RENTENBEZÜGE STEIGEN AN

Die zunehmende Rentenbezugsdauer führte zu einem Anstieg der kumulierten Rentenbezüge über die Lebenszeit. Männliche Rentner¹ beziehen heute kumuliert über ihre gesamte Rentenbezugsdauer so viel Rente wie nie zuvor (vgl. Abb. 2). Im Jahr

1960 bezog ein Rentner in Deutschland rund 101 000 Euro (inflationbereinigt) vom Rentnereintritt bis zu seinem Ableben. Im Jahr 2018 belief sich diese Summe auf rund 327 000 Euro. Die Rentenbezüge haben sich demnach seit 1960 mehr als verdreifacht.

Bis zum Ende der 1970er Jahre lässt sich der Anstieg der gesamten Rentenbezüge über die Lebenszeit überwiegend durch steigende jährliche Rentenbezüge erklären. Zwischen 1960 und 1973 stiegen die gesamten Rentenbezüge inflationsbereinigt um 73% an. In diesem Zeitraum war der Anstieg der Gesamtbezüge auf steigende jährliche Bezüge zurückzuführen. Die Rentenbezugsdauer nahm in dieser Zeit hingegen kaum zu. Der weitere Anstieg der kumulierten Rentenbezüge über die Lebenszeit ist hingegen überwiegend auf die steigende Rentenbezugsdauer und nur zu einem kleinen Teil auf zunehmende jährliche Bezüge zurückzuführen. Ab 1974 bis 2000 nahm die Rentenbezugsdauer phasenweise deutlich zu. Die gesamten Rentenbezüge über die Lebenszeit stiegen in diesem Zeitraum um 69% an. Während die kumulierten Rentenbezüge um die 2000er Jahre nahezu stagnierten, steigen sie seit 2010 (nach einem kurzen und moderaten Rückgang) erneut an.

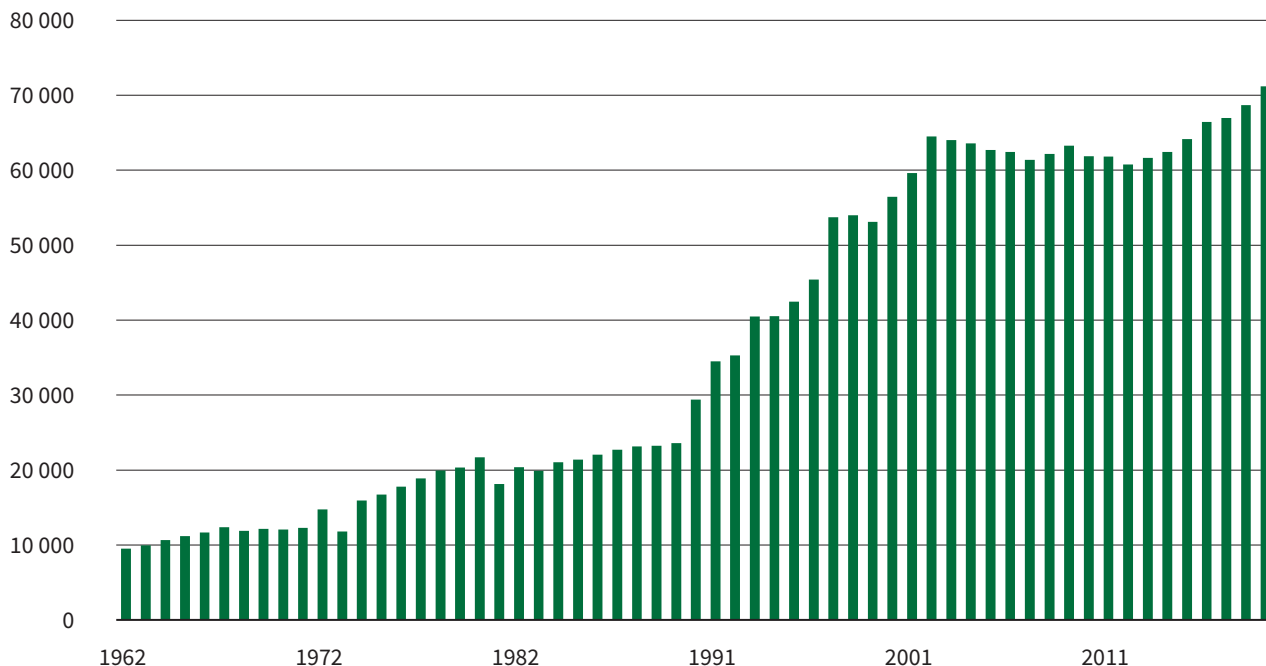
VERHÄLTNIS VON BEITRAGSZAHLER*INNEN ZU RENTENEMPFÄNGER*INNEN SINKT

Gleichzeitig sinkt das Verhältnis von Beitragszahler*innen zu Rentenempfänger*innen seit den 1960er Jahren. 1962 finanzierten sechs Beitragszahler*innen eine/n Rentenempfänger*in. Heute kommen weniger als drei Beitragszahler*innen für die Finanzierung eines/r Rentenempfänger*in auf (vgl. Abb. 3).

Laut Prognosen wird die Erwerbsbevölkerung weiter zurückgehen, während die Zahl der Personen im Rentenalter ansteigen wird. Dadurch ist auch das Potenzial, weitere Beitragszahler*innen zu aktivieren, begrenzt. Bis zum Jahr 2050 werden nur noch zwei Personen im erwerbsfähigen Alter für die Finanzierung einer Person im Rentenalter zur Verfügung stehen (Ragnitz et al. 2021).

* Xenia Frei ist Doktorandin an der Niederlassung Dresden des ifo Instituts – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.

Abb. 1
Inflationsbereinigte Bundeszuschüsse zur Rentenversicherung (in Mill. Euro)

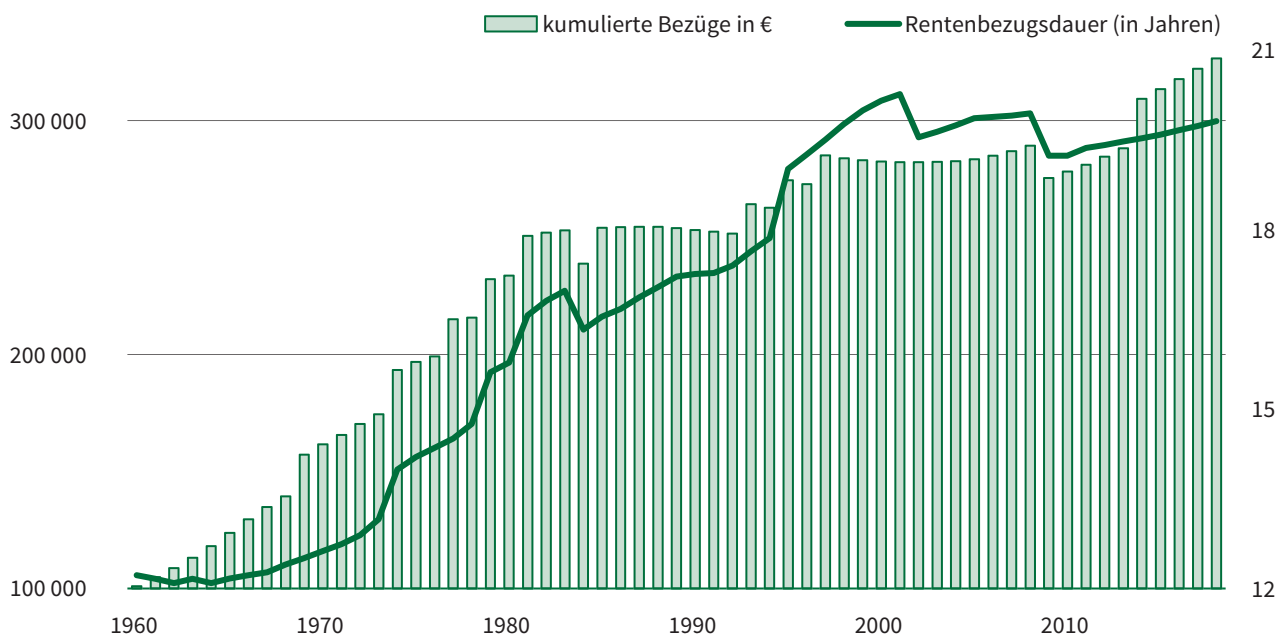


Anmerkungen: Die Bundeszuschüsse umfassen die allgemeinen sowie die zusätzlichen Bundeszuschüsse. Nicht enthalten sind weitere Bundesmittel wie Beiträge zu Erziehungszeiten und Erstattungen einigungsbedingter Leistungen etc. Bis 1990 sind Daten für Westdeutschland enthalten, seit 1991 ist das gesamte Bundesgebiet erfasst.

Quelle: Deutsche Rentenversicherung (2021), Darstellung des ifo Instituts.

© ifo Institut

Abb. 2
Entwicklung der kumulierten Rentenbezüge und der Rentenbezugsdauer



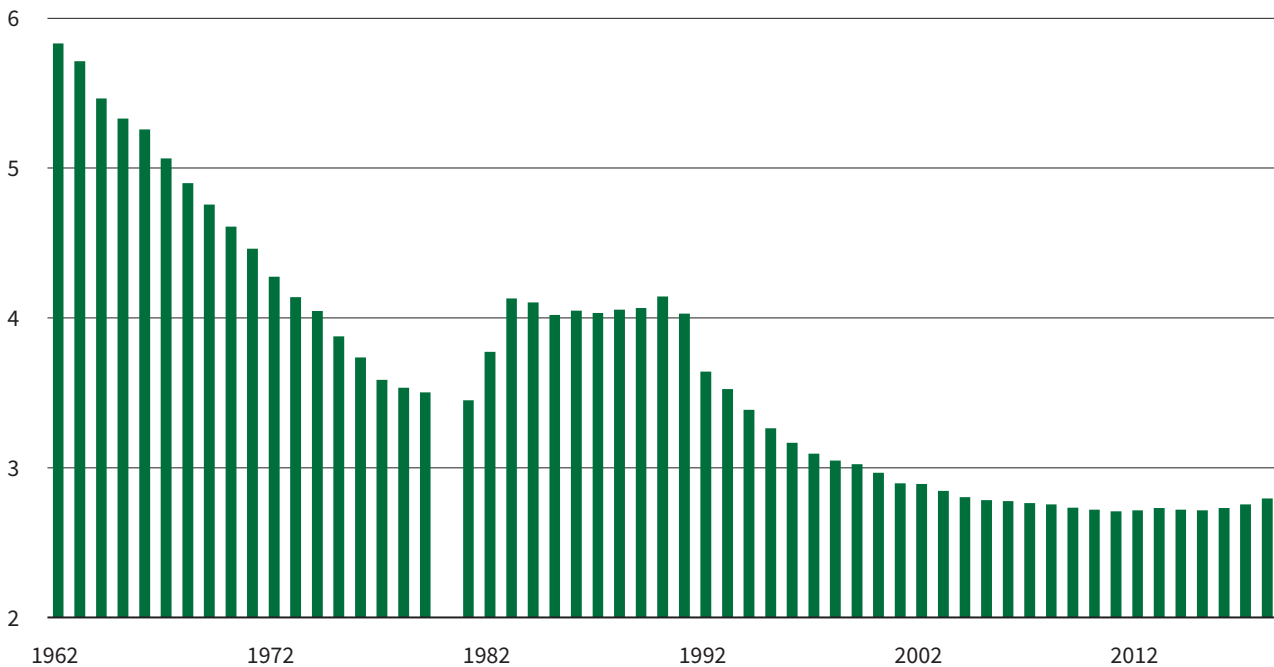
Anmerkungen: Die „kumulierten Bezüge“ (linke Legende) sind die Summe der inflationsbereinigten jährlichen Rentenbezüge über die gesamte Rentenbezugsdauer. Die Rentenbezugsdauer (rechte Legende) ist die verbleibende Lebenserwartung zum Zeitpunkt des in diesem Jahr durchschnittlichen Renteneintrittsalters, wie sie in der Kohortensterbetafel ausgewiesen wird (Statistisches Bundesamt 2022). Die Sprünge in den lebenslangen Rentenbezügen ergeben sich aus den Sprüngen in der verbleibenden Lebenserwartung bei Renteneintritt auf Basis der Kohortensterbetafel.

Quelle: Statistisches Bundesamt (2022), Darstellung des ifo Instituts.

© ifo Institut

Abb. 3

Beitragszahler*innen je Rentenempfänger*in



Anmerkungen: Die Beitragszahler*innen je Rentenempfänger*in ergeben sich aus dem Verhältnis der aktiv Versicherten zu den Empfänger*innen von Rentenzahlungen. Für das Jahr 1980 liegen keine Daten vor.

Quelle: Deutsche Rentenversicherung (2021), Darstellung des ifo Instituts.

© ifo Institut

Dass immer weniger Beitragszahler*innen immer mehr Rentner*innen finanzieren müssen, hat mehrere Gründe. Zum einen waren die 1950er und 1960er Jahre sehr geburtenstark. Daher treten nun viele bisher erwerbstätige Personen ihre Rente an und wechseln damit vom Zahler zum Empfänger. Weiterhin sank das durchschnittliche Zugangsalter in eine Altersrente in der letzten Hälfte des vorigen Jahrhunderts (vgl. Abb. 3), während die weitere Lebenserwartung bei Renteneintritt anstieg. Im Vergleich zu 1960 leben Männer in Deutschland nach ihrem Renteneintritt heute durchschnittlich acht Jahre länger (Statistisches Bundesamt 2022). Das durchschnittliche Rentenzugangsalter sank im Durchschnitt von 65,2 Jahren auf 64 Jahre. Zwischenzeitlich lag es sogar bei nur 62 Jahren im Jahr 1997, bei schon damals deutlich gestiegener Lebenserwartung. Dadurch stieg die Rentenbezugsdauer bei Männern von 12 Jahren im Jahr 1960 auf 20 Jahre im Jahr 2018.² Wird länger Rente bezogen, so steigt zwangsläufig auch die Anzahl der Rentenbezieher*innen. Zudem folgte auf die geburtenstarken Jahrgänge ein Rückgang der Geburten. Seit 1979 werden mit durchschnittlich 1,6 Kindern je Frau weniger Kinder geboren als für eine konstante Bevölkerungsentwicklung notwendig wären. Es treten also aktuell und zukünftig weniger Personen in das Erwerbsleben ein als aus dem Erwerbsleben in die Rente wechseln (Ragnitz 2018). Zwar sind beispielsweise durch die höhere Erwerbsbeteiligung von Frauen auch Beitragszahlerinnen und Beitragszahler hinzugekommen. Dennoch stieg die Zahl der Beitragszahler*innen im Untersuchungszeitraum weniger stark an als die Zahl der Rentenbezieher*innen. Während die Erwerbsbevölkerung sich seit 1962 verdoppelte, verdreifachte sich die Anzahl der Rentenbezieher*innen (Deutsche Rentenversicherung 2021).

ZUNEHMENDE BELASTUNG DER ERWERBSBEVÖLKERUNG

Für die Erwerbsbevölkerung bedeutet die längere Rentenbezugsdauer bei gleichbleibendem Rentenniveau eine finanzielle Belastung. Sollen die Beiträge zur Rentenversicherung konstant bleiben, muss die zunehmende Belastung aus Steuermitteln bestritten werden. Allerdings machen die Zuschüsse zur Rente bereits heute 30% des Bundeshaushaltes aus. Bis 2050, dürfte dieser Anteil deutlich steigen (Ragnitz et al. 2021). Mit Blick auf die bereits heute hohen Bundeszuschüsse zur Rente und das weiterhin sinkende Verhältnis von Beitragszahler*innen zu Rentenempfänger*innen, wäre eine Prüfung der finanzierbaren Rentenbezugsdauer wünschenswert. Dies kann in erster Linie über eine proportionale Anpassung des Rentenzugangsalters über die Entwicklung der Lebenserwartung bei Renteneintritt erreicht werden. Entwickelt sich das Rentenzugangsalter unterproportional zur Lebenserwartung, kommt dies einer versteckten Rentenerhöhung gleich, die von der jeweiligen Erwerbsbevölkerung entweder über Rentenbeiträge, oder über Steuermittel finanziert werden muss.

LITERATUR

Deutsche Rentenversicherung (Hrsg.) (2021), Statistik der Deutschen Rentenversicherung, Rentenversicherung in Zeitreihen, Berlin.

Ragnitz, J. (2018), „Keine Kinder = keine Enkel: Zur Langfristigkeit demographischer Entwicklungen“, ifo Dresden berichtet 25 (04), S. 28–33.

Ragnitz, J., Rösel, F., Thum, M. und M. Werding (2021), Rentenpolitik im Schatten der Babyboomer, Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, Potsdam.

Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2022), Durchschnittliche Lebenserwartung (Kohortensterbetafel), Download unter <https://www-genesis.destatis.de/genesis/online?operation=abruftabelleBearbeiten&levelindex=1&levelid=1643724608518&auswahloperation=abruftabelleAuspraegungAuswaehlen&auswahlverzeichnis=ordnungsstruktur&auswahlziel=werteabruf&code=12621-0003&auswahltext=&werteabruf=starten#abreadcrumb>, heruntergeladen am 11. März 2022.

-
- 1 Die Entwicklung der Rentenbezüge kann nur für Männer berechnet werden, da die Erwerbsbiografie von Frauen im Untersuchungszeitraum, insbesondere in Westdeutschland, von Unterbrechungen geprägt war. Das Verhältnis von Beitragszahler*innen zu Rentenbezieher*innen umfasst dagegen beide Geschlechter.
 - 2 Die Rentenbezugsdauer wird anhand der verbleibenden Lebenserwartung bei Renteneintritt auf Basis der Kohortensterbetafel berechnet (Statistisches Bundesamt 2022). Trat ein Rentner 1960 mit 65 Jahren seine Rente an, so war er Jahrgang 1895 und seine verbleibende Lebenserwartung im Jahr 1960 betrug 12,22 Jahre.

Joachim Ragnitz*

Hohe Benzin- und Dieselpreise in Deutschland: Eine Einordnung

Durch die in den vergangenen Monaten stark gestiegenen Kraftstoffpreise sind die Konsument*innen direkt belastet. So haben sich die Kosten für einen Liter Diesel im März 2022 gegenüber den Tiefständen des Jahres 2020 in etwa verdoppelt und auch Ottokraftstoffe haben sich kräftig verteuert. Allerdings entfällt ein eher kleiner Anteil des privaten Konsums auf Kraftstoffkäufe. Auch wenn die öffentliche Aufregung um die hohen Preise verständlich ist: Das Problem liegt wohl eher darin, dass sich die Bevölkerung an die niedrigen Kraftstoffpreise der letzten fünf Jahre gewöhnt hat, ohne die dadurch realisierten Kaufkraftgewinne als Ausnahme anzusehen. Insoweit wäre es verfehlt, jetzt mit aller Macht die Kraftstoffpreise künstlich zu verbilligen. Eine dauerhafte Lösung besteht nur darin, den Benzinverbrauch insgesamt zu senken, ohne dabei die Mobilitätsbedürfnisse der Menschen einzuschränken.

Die Energiepreise in Deutschland sind in den vergangenen Monaten stark angestiegen. So lag der Börsenpreis für Erdgas Mitte März 2022 um 103% höher als ein Jahr zuvor, der Börsenpreis für Strom erhöhte sich in diesem Zeitraum um 276%. Für die meisten Verbraucher*innen änderte sich dadurch zunächst allerdings nichts, weil hier im Regelfall längerfristige Lieferverträge gelten; die Verbraucherpreise für Energie lagen zuletzt lediglich um 22,5% höher als ein Jahr zuvor. Es ist nicht auszuschließen, dass einige Versorger deshalb in Schieflage geraten könnten. Auf jeden Fall werden aber die Kosten der privaten Haushalte für Energie in den kommenden Monaten selbst dann stark steigen, wenn sich der Preisanstieg an den Rohstoffmärkten abschwächen sollte. Für viele Haushalte könnte es dann ein böses Erwachen geben.

Schon jetzt resultiert aus den gestiegenen Energiepreisen jedoch ein massiver Kaufkraftverlust für die privaten Haushalte. Näherungsweise beläuft sich dieser auf rund 530 Euro je Einwohner und Jahr. Da auch alle anderen Preise im Vorjahresvergleich stark gestiegen sind, beläuft sich der Kaufkraftverlust insgesamt sogar auf 1 160 Euro je Einwohner und Jahr. Bei einer Inflationsrate von wohl mehr als 5% im Jahr 2022 wird sich das auch durch die erwarteten Lohnsteigerungen nicht ausgleichen lassen; diese belaufen sich voraussichtlich nur auf etwas mehr als 3%.

Unmittelbar belastet sind die Konsument*innen insbesondere durch die in den vergangenen Monaten stark gestiegenen Kraftstoffpreise. Kostete ein Liter Diesel im März 2021 im Durchschnitt lediglich 1,33 Euro, so musste im März 2022 in der Spitze mehr als 2,30 Euro bezahlt werden, was gegenüber den Tiefständen des Jahres 2020 eine Verdoppelung darstellt. Auch Ottokraftstoffe haben sich kräftig verteuert. Die Konsument*innen können hierauf kaum reagieren; die Nachfrage nach Benzin reagiert zumindest kurzfristig eher unelastisch auf Preissteigerungen. Allerdings entfällt auch nur ein eher kleiner Anteil des privaten Konsums auf Kraftstoffkäufe; gemessen am Wägungsschema des Preisindex für die Lebenshaltung waren dies im Jahr 2015 lediglich 3,5% und dürfte trotz der seither eingetretenen Preissteigerungen auch heute nur rund 5% betragen.

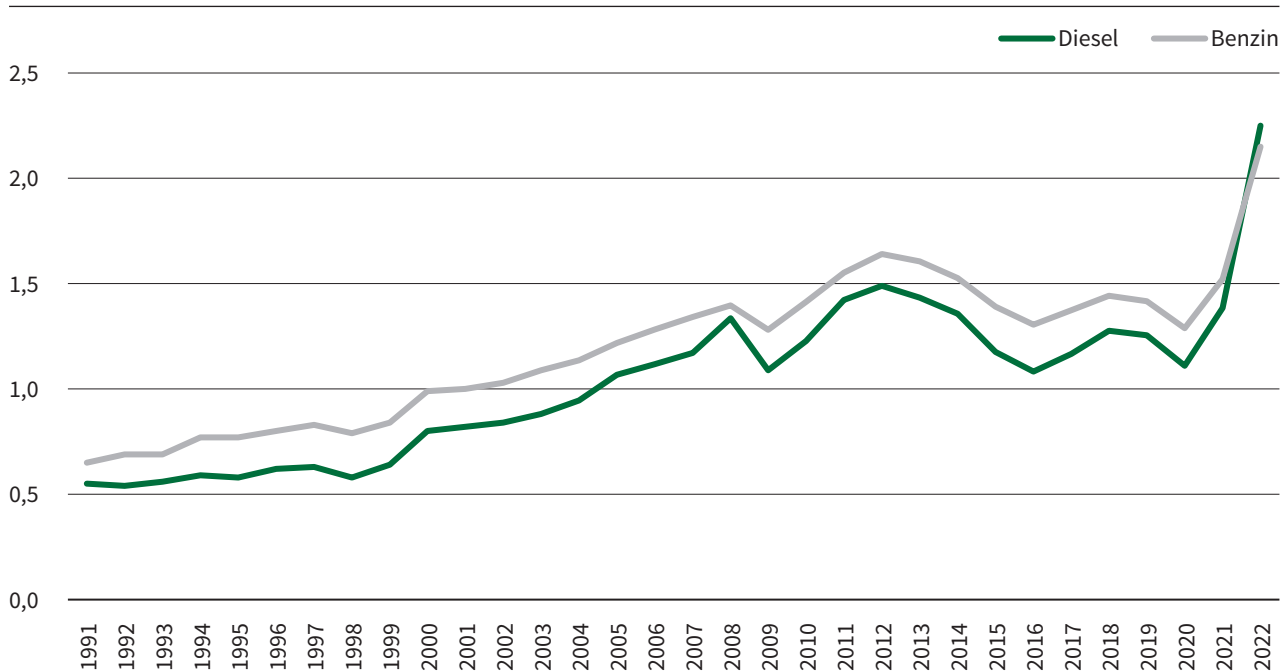
Auch wenn die Kraftstoffpreise in Deutschland historische Höchststände erreicht haben, ist die daraus resultierende Kostenbelastung der privaten Einkommen im längerfristigen Vergleich nicht außergewöhnlich hoch. Zwar ist der Preis für Benzinkraftstoffe seit 1991 um 230% und der Dieselpreis sogar um 320% gestiegen (vgl. Abb. 1). Dem wirkt aber entgegen, dass der durchschnittliche Kraftstoffverbrauch seither leicht gesunken ist (bei Fahrzeugen mit Ottomotor von 9,5 l/km auf 7,7 l/km, bei Dieselfahrzeugen von 7,7 l/km auf 7,0 l/km) und dass der Anteil der verbrauchsärmeren Dieselfahrzeuge an der Gesamtfahrleistung von 16,1% auf 45,8% gestiegen ist.¹ Vor allem wirkt sich aber aus, dass die Nettolöhne und -gehälter sich seither nahezu verdoppelt haben. Um eine Fahrstrecke von 10 000 km zurückzulegen, müssen damit bei den aktuellen Spritpreisen rund 6% eines durchschnittlichen Jahresarbeitseinkommens aufgebracht werden; 1991 waren es zwischen 4,4% (Benziner) und 3,0% (Diesel). Zwischenzeitlich betrug die Kostenbelastung für die gleiche Fahrstrecke jedoch sogar schon einmal 6,2% bzw. 4,8% eines durchschnittlichen Arbeitseinkommens (vgl. Abb. 2).

Es ist auch keineswegs so, dass staatlich auferlegte Steuern und Abgaben für die aktuell hohen Kraftstoffpreise verantwortlich sind. Im Jahr 1991 betrug die Steuerbelastung des Kraftstoffverbrauchs zwischen 59,5% (Diesel) und 67,7% (Ottokraftstoff); im Jahr 2020 war es etwa gleich viel. Inzwischen dürfte der Steueranteil am Benzinpreis wegen der stark gestiegenen Abgabepreise an der Tankstelle sogar deutlich gesunken sein, denn Energiesteuer und CO₂-Abgabe sind in ihrer absoluten Höhe fixiert. Der Anstieg der Kraftstoffpreise seit 1991 reflektiert insoweit vor allem den gestiegenen Rohölpreis (von rund 20 Dollar/Fass im Jahr 1991 auf mehr als 100 Euro/Fass aktuell). Auch die Ölpreise waren allerdings in der Vergangenheit schon einmal deutlich höher als derzeit, mit Spitzenwerten von beinahe 150 Dollar/Fass im Jahr 2008.

* Prof. Joachim Ragnitz ist stellvertretender Geschäftsführer der Niederlassung Dresden des ifo Instituts – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.

Abb. 1

Entwicklung der Kraftstoffpreise 1991 bis 2022^a (in Euro)



Anmerkung: a) Angabe für 2022: März.

Quelle: ADAC, Darstellung des ifo Instituts.

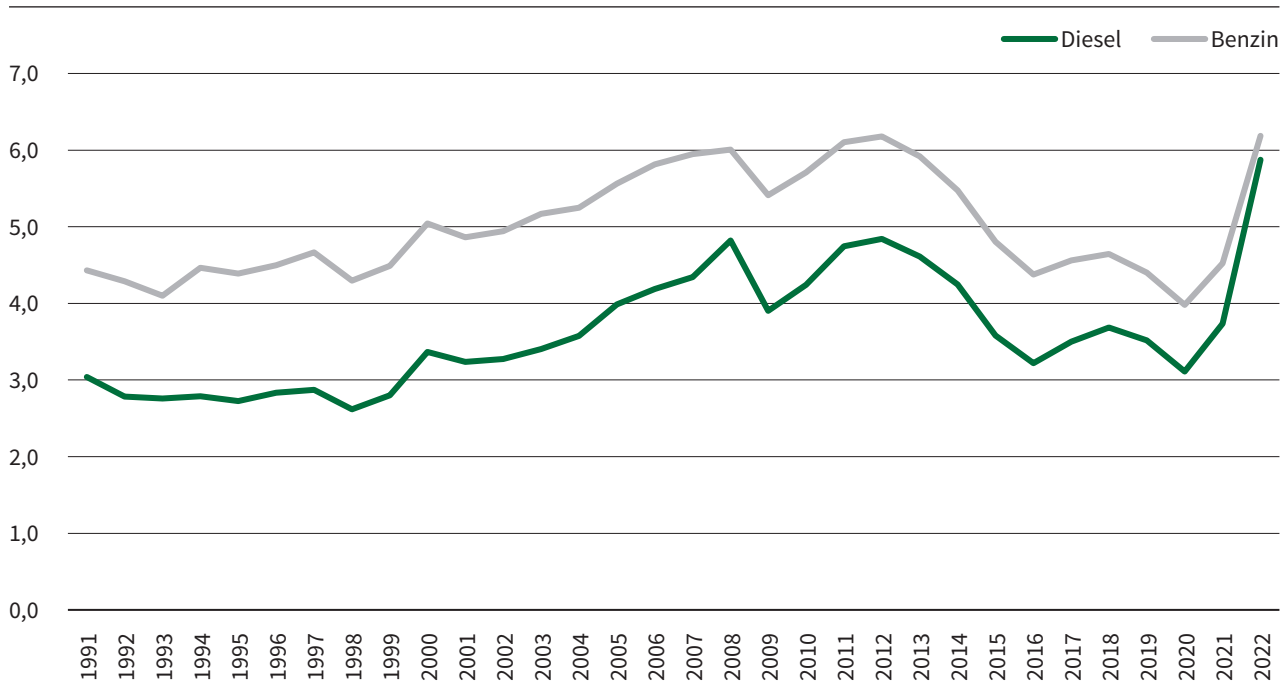
© ifo Institut

Auch wenn die öffentliche Aufregung um die hohen Kraftstoffpreise verständlich ist: Das Problem liegt wohl eher darin, dass sich die Bevölkerung an die niedrigen Benzinpreise der letzten fünf Jahre gewöhnt hat, ohne die dadurch realisierten Kaufkraftgewinne als Ausnahme anzusehen. Zudem sind stei-

gende Benzinpreise politisch ohnehin gewollt, um damit den Ausstieg aus den fossilen Energieträgern zu beschleunigen. Insoweit wäre es verfehlt, jetzt mit aller Macht die Kraftstoffpreise künstlich zu verbilligen. Temporäre Anpassungshilfen für besonders betroffene Bevölkerungsgruppen wie Fernpendler

Abb. 2

Kosten für 10000 km Fahrleistung in % der Nettoarbeitseinkommen 1991 bis 2022^a



Anmerkung: a) Angabe für 2022: März.

Quelle: ADAC, Statistisches Bundesamt, BMVI, Berechnungen und Darstellung des ifo Instituts.

© ifo Institut

im ländlichen Raum, die nicht auf andere Verkehrsmittel ausweichen können, mag man vielleicht noch rechtfertigen. Eine dauerhafte Lösung besteht aber nur darin, den Benzinverbrauch insgesamt zu senken, ohne damit die Mobilitätsbedürfnisse der Menschen einzuschränken. Ob dies durch den Kauf kleinerer Autos, die Entwicklung verbrauchsärmerer Motoren oder die verstärkte Nutzung alternativer Antriebe geschieht, ist zunächst einmal zweitrangig. Die Politik sollte auch hierbei eher auf die Kraft des Marktes, sprich: die Anpassungsfähigkeit der Industrie

auf der einen und der Verbraucher*innen auf der anderen Seite setzen und Interventionen zugunsten eines bestimmten Anpassungspfades tunlichst unterlassen.

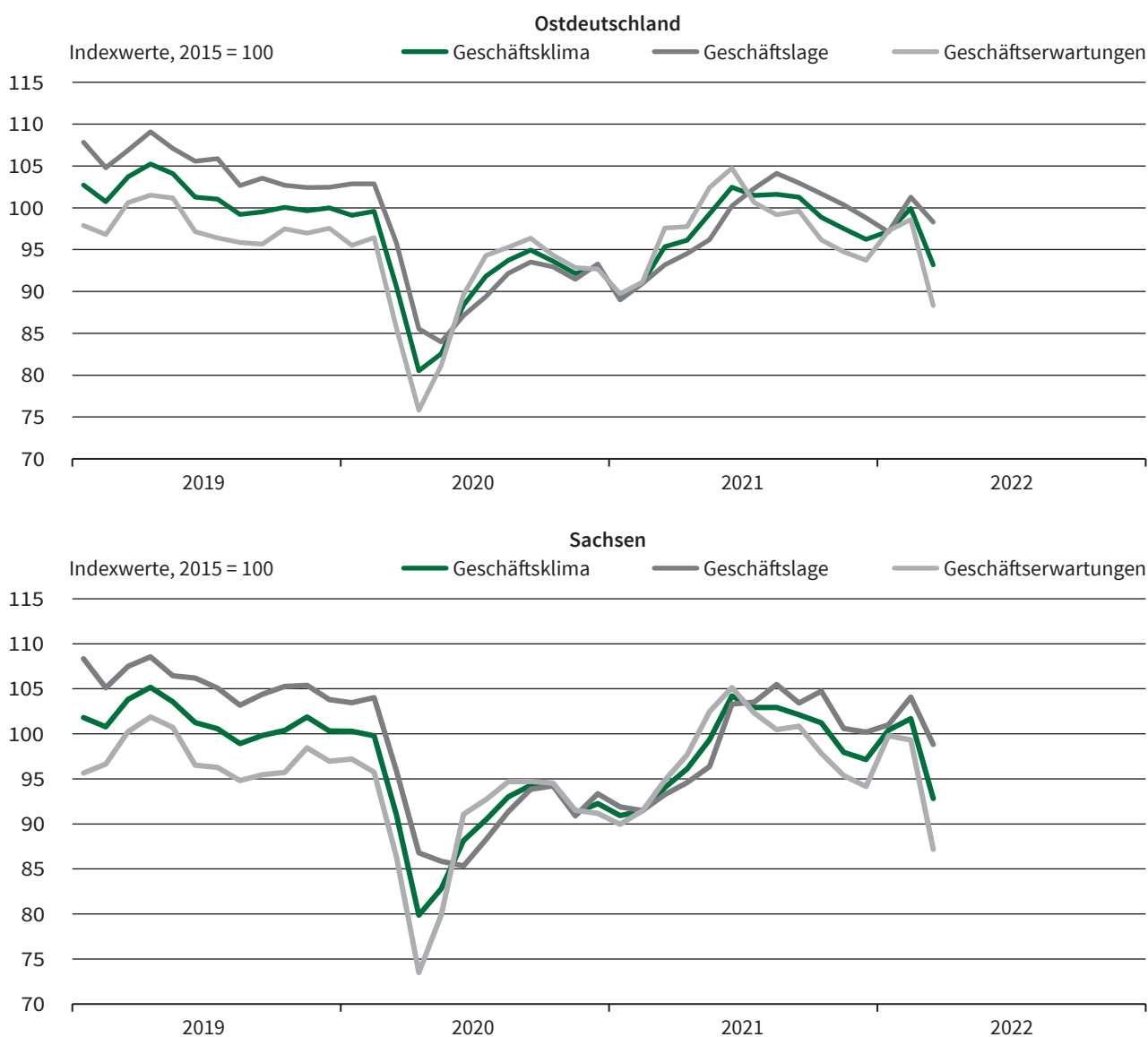
1 Vgl. BMVI – Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (Hrsg.) (2022), Verkehr in Zahlen 2021/2022, Berlin.

Niels Gillmann und Jannik A. Nauerth*

ifo Konjunkturumfragen Ostdeutschland und Sachsen

Das ifo Geschäftsklima Ostdeutschland basiert auf ca. 1 700 monatlichen Meldungen von Unternehmen, von denen ca. 500 aus Sachsen stammen. Die Befragungsteilnehmer*innen kommen aus dem Verarbeitenden Gewerbe, dem Dienstleistungssektor, dem Handel und dem Bauhauptgewerbe. Die Unternehmer*innen werden gebeten, ihre gegenwärtige Geschäftslage zu beurteilen und ihre Erwartungen für die nächsten sechs Monate mitzuteilen.

Abb. 1
ifo Geschäftsklima Ostdeutschland und Sachsen (2015 = 100, saisonbereinigt)



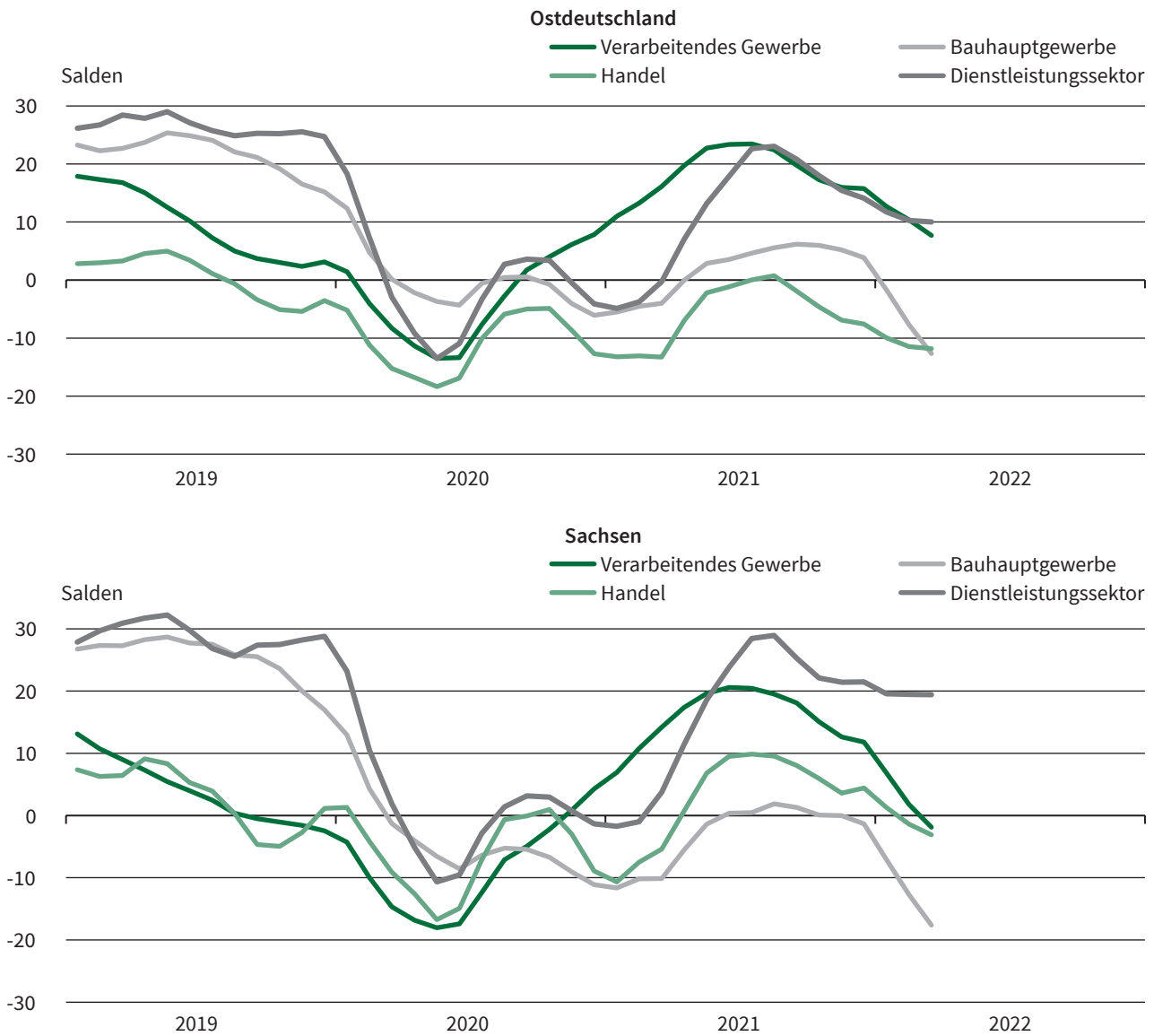
Quelle: ifo Konjunkturumfragen, März 2022.

© ifo Institut

* Niels Gillmann und Jannik A. Nauerth sind Doktoranden an der Niederlassung Dresden des ifo Instituts – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung München an der Universität München e. V.

Abb. 2

ifo Geschäftsklima nach Wirtschaftsbereichen (Salden, saisonbereinigt und geglättet)

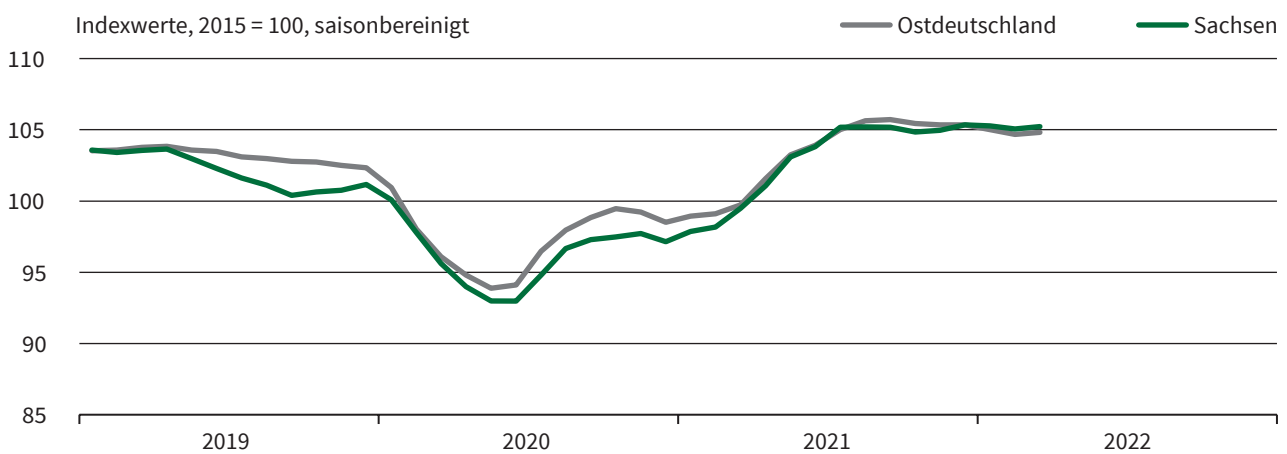


Quelle: ifo Konjunkturumfragen, März 2022.

© ifo Institut

Abb. 3

ifo Beschäftigungserwartungen (Salden, saisonbereinigt und geglättet)



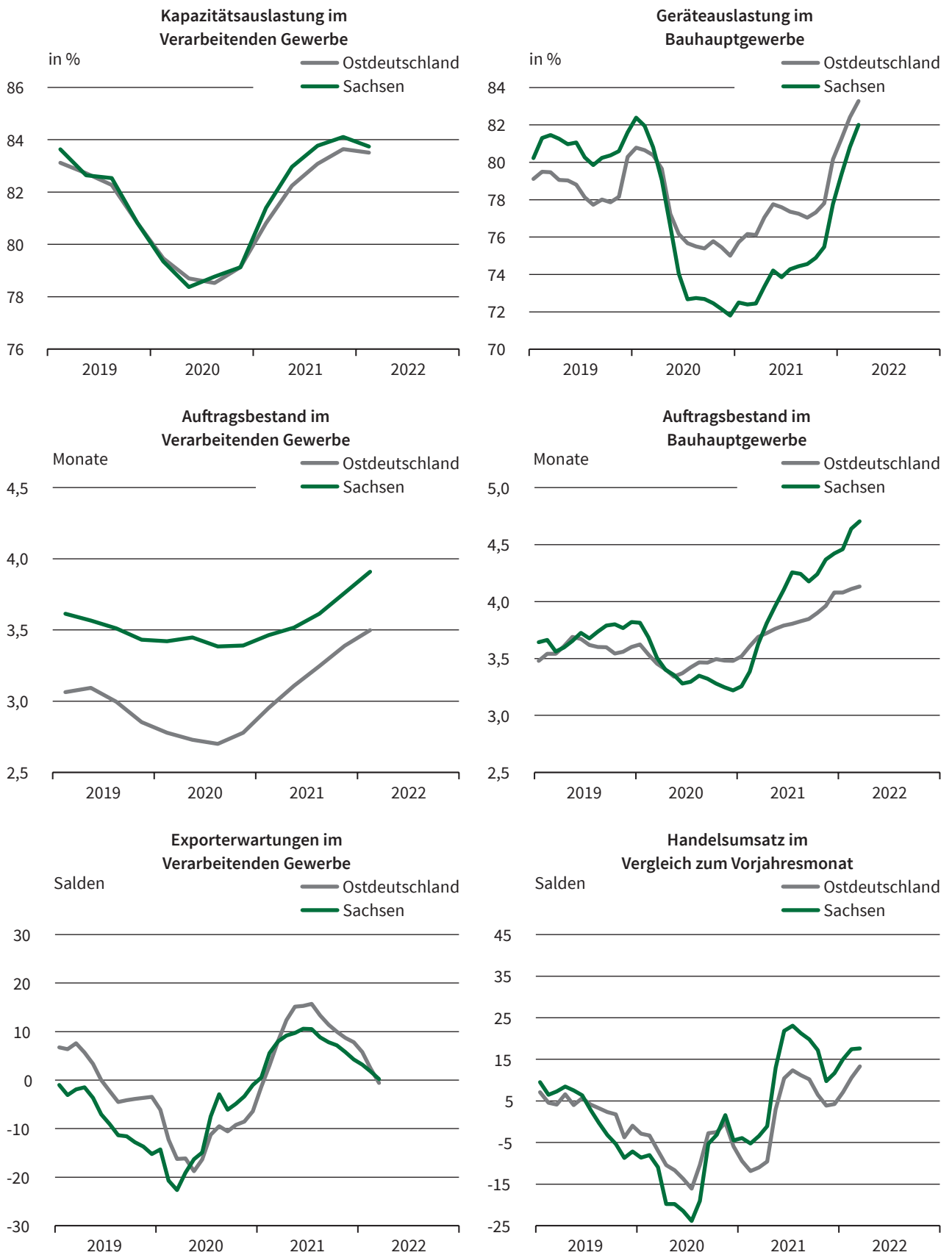
Quelle: ifo Konjunkturumfragen, März 2022.

© ifo Institut

Abb. 4

Ausgewählte Indikatoren aus dem ifo Konjunkturtest für Ostdeutschland und Sachsen

Saisonbereinigt (außer Handelsumsätze) und geglättet



Quelle: ifo Konjunkturumfragen, März 2022.

© ifo Institut

ifo Veranstaltungen

Der **11th ifo Dresden Workshop on Labor Economics and Social Policy** wird am **12./13. Mai 2022** stattfinden. Forschungsarbeiten zu den folgenden Themen sollen vorgestellt werden:

- Wohnortwahl und Qualifikationsverteilung von Zuwanderern,
- Gesundheitspolitik und Gesundheit der Erwerbsbevölkerung,
- Frühkindliche Bildung und Qualifizierung.

Der jährlich stattfindende Workshop wird gemeinsam von der Dresdner Niederlassung des ifo Instituts und der Technischen Universität Dresden veranstaltet.

Weiterführende Informationen zu diesen Veranstaltungen finden Sie auf der Homepage von ifo Dresden (www.ifo-dresden.de) unter der Rubrik Veranstaltungen.

ifo Veröffentlichungen

Arin, Kerim Peren, Lacomba, Juan A., Lagos, Francisco, Moro-Egido, Ana I. und Marcel Thum (2022), Exploring the Hidden Impact of the Covid-19 Pandemic: The Role of Urbanization, Economics and Human Biology, im Erscheinen.

Ragnitz, Joachim (2021), Wirtschaftspolitische Impulse für Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen 2035, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin.

ifo Vorträge

Ragnitz, Joachim, „Wirtschaftliche Auswirkungen der Corona-Pandemie auf Sachsen“, Vortrag an der Seniorenakademie Dresden, 21. März 2022, Dresden.

Ragnitz, Joachim, „Ist Ostdeutschland bereit für die anstehenden Transformationsaufgaben?“, Streitgespräch mit Steffen Mau anlässlich einer OWF-Club Lounge, 23. März 2022, Berlin.

Ragnitz, Joachim, „Wirtschaftliche Auswirkungen der Corona-Pandemie auf Sachsen“, Vortrag anlässlich eines Investorenfrühstücks der SIB, 23. März 2022, Dresden.

ifo in den Medien (Auswahl)

„ifo Dresden: Corona brachte vor allem über 80-Jährigen den Tod“, Joachim Ragnitz, Pressemitteilung des ifo Instituts, Niederlassung Dresden, 24. Januar 2022.

„Studie: Übersterblichkeit niedriger als angenommen – Forscher des ifo-Instituts beklagen, dass höhere Altersgruppen in der vierten Welle nicht ausreichend geschützt wurden“, Joachim Ragnitz, Dresdner Neueste Nachrichten, 25. Januar 2022.

„ifo Geschäftsklima Ostdeutschland mit verbesserten Erwartungen“, Pressemitteilung des ifo Instituts, Niederlassung Dresden, 28. Januar 2022.

„30 Jahre nach Wiedervereinigung: Sachsen hinkt Westen hinterher – wie lange noch?“, Joachim Ragnitz, Chemnitzer Morgenpost und Dresdner Morgenpost, 30. Januar 2022, S. 1.

„Sachsen: Die Hälfte der Firmen will die Preise anheben – Jedes zweite Unternehmen bundesweit will höhere Energiekosten an seine Kunden weitergeben. Ifo-Experte Ragnitz sieht keine schnelle Entspannung“, Joachim Ragnitz, Dresdner Neueste Nachrichten und Leipziger Volkszeitung, 8. Februar 2022, S. 1.

„ifo Institut für bedarfsgerechte Flächenerschließung“, Joachim Ragnitz, Pressemitteilung des ifo Instituts, Niederlassung Dresden, 21. Februar 2022.

„Mehr Siedlungsflächen gefordert“, Joachim Ragnitz, Chemnitzer Morgenpost und Leipziger Morgenpost, 22. Februar 2022, S. 11.

„Russland-Embargo: Wie stark trifft es Sachsen? Die EU-Kommission schlägt Wirtschaftssanktionen vor, die in ihrer Folge auch dem Freistaat schaden könnten“, Joachim Ragnitz, Dresdner Neueste Nachrichten und Leipziger Volkszeitung, 23. Februar 2022, S. 7.

„Mindestlohn sorgt in Sachsen nicht automatisch für höhere Gehälter“, Marcel Thum, Sächsische Zeitung, 24. Februar 2022, S. 19.

„ifo Geschäftsklima Ostdeutschland mit Sprung nach oben“, Pressemitteilung des ifo Instituts, Niederlassung Dresden, 25. Februar 2022.

„Sorgen macht vor allem die Energie“, Joachim Ragnitz, Dresdner Morgenpost am Sonntag, 27. Februar 2022, S. 15.

„Wie sich der Krieg in der Ukraine auf die Wirtschaft in Sachsen-Anhalt auswirkt“, Joachim Ragnitz, MDR Sachsen-Anhalt, 28. Februar 2022.

„Strukturwandel in der Lausitz – Deshalb ist ein Kohleausstieg 2030 unrealistisch“, Joachim Ragnitz, Lausitzer Rundschau, 1. März 2022.

„Experten erklären: Wie Gleichberechtigung in der Erziehung gefördert wird“, Katharina Heisig, watson, 11. März 2022, vgl. <https://www.watson.de/!503793987>

„Chipfabrik von Intel soll nach Magdeburg kommen“, Joachim Ragnitz im Interview, MDR Umschau, Dienstag, 15. März 2022, 20.15 Uhr.

„Halbleiter, Tesla, Batterien und Chips: Milliardeninvestitionen nähren Hoffnung auf goldene Zeiten im Osten Deutschlands“, Joachim Ragnitz, Thüringer Allgemeine und Leipziger Volkszeitung, 21. März 2022.

ifo DRESDEN STUDIE 88

AUTOREN

Joachim Ragnitz

ISBN

978-3-95942-108-9

HERAUSGEBER/DRUCK

ifo Institut
München/Dresden
2022

UMFANG / FORMAT

A5
50 Seiten
Zahlreiche Tabellen

PREIS

15,- Euro zzgl. Versandkosten
Die Studie kann als
pdf-Datei kostenlos unter
[https://www.ifo.de/publikationen/
ifo-dresden-studien](https://www.ifo.de/publikationen/ifo-dresden-studien)
heruntergeladen werden.

Alternative Indikatoren zur Messung von Flächen- effizienz

Hintergrund der Studie ist das in der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung verankerte Ziel, die Inanspruchnahme neuer Flächen für Siedlungs- und Verkehrszwecke bis zum Jahr 2030 auf unter 30 ha/Tag zu verringern. Hierfür werden im politischen Raum zunehmend Forderungen nach quantitativen Vorgaben für die Flächeninanspruchnahme erhoben, da bisherige freiwillige Maßnahmen nicht zum gewünschten Erfolg geführt haben. Im Kern der Studie stand zunächst die Entwicklung eines neuen Flächeneffizienzindikators, der zur Bewertung der Flächeninanspruchnahme besser geeignet scheint als der Zuwachs an Siedlungs- und Verkehrsfläche allein. Hierzu wurde unterschieden zwischen wachstumsbedingter Flächennachfrage einerseits und Verbesserung der Effizienz der Flächennutzung andererseits. Weiterhin erfolgte eine kritische Auseinandersetzung mit den derzeit diskutierten Instrumenten der Flächennutzungspolitik.

ifo INSTITUT
Niederlassung Dresden



Hinweis für externe Autor*innen

Die Redaktion von „ifo Dresden berichtet“ möchte an dieser Stelle darauf hinweisen, dass es auch für externe Autor*innen die Möglichkeit gibt, in unserer Zeitschrift zu publizieren. Wir möchten ausdrücklich dazu ermuntern, neue wissenschaftliche Befunde in unserem Medium zu veröffentlichen. Vorzugsweise sollte es sich um Beiträge handeln, die sich mit regionalökonomischen Themen mit Ostdeutschlandbezug befassen. Mögliche Beiträge können jederzeit per E-Mail an die Niederlassung Dresden unter dresden@ifo.de eingereicht werden. Die eingereichten Aufsätze durchlaufen ein Auswahlverfahren durch die Redaktion der Zeitschrift „ifo Dresden berichtet“.

Formale Anforderungen:

Der Leser*innenkreis der Zeitschrift „ifo Dresden berichtet“ umfasst neben Akademiker*innen vor allem Entscheider*innen aus Unternehmen, Behörden, Politik und Presse in Ostdeutschland. Sie sind an Ergebnissen interessiert und weniger an der methodischen Vorgehensweise. Daher sollte der **Schwerpunkt des Textes ergebnisorientiert** sein. Die Datengewinnung und methodische Vorgehensweisen dürfen kurz abgehandelt werden. Der Text sollte auch für interessierte Laien verständlich sein.

Es sollte auf ein ausgewogenes **Verhältnis von Text und Abbildungen** geachtet werden. Gibt es zu viele Abbildungen für zu wenig Text, rutschen Abbildungen mehrere Seiten nach hinten und der Aufsatz wird sehr schwer lesbar.

- Textlänge zwischen 5 und 10 Seiten
- Text als Word-Datei (Fließtext einspaltig)
- Abbildungen und Tabellen als Excel-Dateien (mit zugrundeliegenden Daten)
- Grafiken als pdf- oder jpg-Dateien in möglichst hoher Auflösung
- Das Heft erscheint in den Farben Schwarz/Grün (bitte beim Einfärben der Abbildungen und Grafiken beachten)

Die **Autor*innen** werden immer ausschließlich nach dem Alphabet sortiert, nicht nach „Rang“ der Autoren oder Anteil der Mitarbeit am Text.

Für jede ifo Publikation bitten wir um die Anfertigung eines **Abstracts**, dies meint eine kurze inhaltliche Zusammenfassung von maximal 12 Zeilen Umfang.

Da die Beiträge nicht sehr lang sind, sollten die **Überschriften** möglichst nicht nummeriert werden (nur gleichrangige Teilüberschriften, nicht zu viele Stufungen verwenden).

